

Die „Arbeit“ erscheint täglich morgens und nachmittags, Sonntags und Feiertagen nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus und durch die Post bezogen M. 12.—, im voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Streifenband bezogen für Frankreich, Belgien, das Saar und Niederlande sowie die früheren deutschen Gebiete M. 13.—, für das übrige Ausland M. 14.—. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 50

Die Jahressubskriptionen einschließlich der Postgebühren betragen für Deutschland, Österreich, die Schweiz, die Niederlande, Belgien, das Saar und die früheren deutschen Gebiete M. 120.—, für das übrige Ausland M. 130.—. Einzelhefte M. 1.—. Fernsprecher: Zentrum 152 30—152 39

ARBEIT

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Weltlage des Sozialismus

Referat von Otto Bauer auf dem Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie

Int. Wien, 26. November.

Der Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Österreichs trat heute vormittag zu seiner eigentlichen Tagung unter dem Vorsitz des Abgeordneten Tomshil zusammen. Staret, der den Bericht des Parteivorstandes erstattete, führte aus, daß die Organisation im letzten Jahre einen erfreulichen Aufschwung genommen habe, besonders die Frauenorganisation habe einen ganz bedeutenden Schritt nach vorwärts gemacht. Zum Karl-Ruß erklarte er, daß die Sozialdemokratische Partei für derzeitige Ueberrassungen Vorsehrungen getroffen habe, die die Republik vollständig gesichert und außer jeder Gefahr gesetzt hätten. Er betont dann, daß man die Karlisten und Monarchisten nicht überschätzen dürfe, wenn auch keine Ursache vorliege, die von ihnen drohende Gefahr zu unterschätzen. Wenn die Monarchisten einen Aufstand zur Aufrihtung der Monarchie zu inszenieren gewagt hätten, so hätten die Räume der Ringstraße nicht ausgereicht, um alle diese Kerle aufzuhängen.

Dr. Klenbogen erstattet den Kassenbericht, Nuchitsch (Graz) den Bericht der Kontrollkommission. Ein Antrag, als Mindestbeitrag 20 Kronen festzusetzen, findet Annahme.

Zum 3. Punkt der Tagesordnung: „Die Weltlage des Sozialismus und unsere nächsten Aufgaben“, liegt eine Resolution des Referenten Dr. Otto Bauer, vor, die davon ausgeht, daß der Kapitalismus im Westen unerschütterlich geblieben sei, sich in Mitteleuropa behauptet habe und in die Sowjetrepublik wieder einzudringen beginne. In Mitteleuropa war die Bourgeoisie nach der Revolution von 1918 unfähig, den Staat zu regieren, andererseits konnte das Proletariat unter dem Druck des Kapitalismus der Siegermächte die Herrschaft nicht behaupten; infolgedessen war die Koalition der Arbeiterklasse mit der Bourgeoisie unermesslich. Die Bourgeoisie war gezwungen, die Mitregierung des Proletariats mit großen Zugeständnissen an Betrieb und Kaserne zu erkaufen. Solange die internationale Machtstellung des Kapitalismus ungebrochen ist, ist die Herrschaft des Sozialismus in Österreich nicht möglich. Wenn die demokratische Republik in Österreich zusammenbricht, wird ihr Erbe nicht die Diktatur des Proletariats, sondern die Diktatur der Kontenrevolution antreten. Die Machtstellung des österreichischen Proletariats hat sich seit 1918 gewaltig gestärkt. Wenn auch die Vertretung des Proletariats im Parlament eine Minderheit ist, so hat das Proletariat außerparlamentarische Machtmittel genug, um jede bürgerliche Regierung zu stützen. Aber ein gewalttätiger Sturz der bürgerlichen Regierung würde nur eine Periode fortwährender Bürgerkriege einleiten; daher muß sich

das Proletariat in der Regel mit den normalen Kampfmitteln einer parlamentarischen Opposition behelfen.

Nur wenn die Bourgeoisie durch Angriffe auf die Republik selbst oder auf entscheidende Machtpositionen des Proletariats die Arbeiterklasse zum Kampf auf Leben und Tod zwingt, muß das Proletariat von allen seinen parlamentarischen und außerparlamentarischen Machtmitteln Gebrauch machen.

Die Resolution fordert Johann die Einheitsfront des Proletariats, um die Republik vor dem jenseitigen Einfluß der Autonomiebestrebungen der Länder zu schützen. Sie verweist auf die schwere internationale Wirtschaftskrise, die eine neue schwere Erschütterung des kapitalistischen Herrschaftssystems ankündigt. In Österreich sei die bürgerliche Regierung in jedem Falle nicht fähig, die ökonomischen Probleme des Landes zu meistern. Die Entwicklung des internationalen und heimischen Kapitalismus schaffe allmählich die Voraussetzungen für die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat.

In seinem Referat begründet Otto Bauer die Resolution und führt aus, daß Österreich so sehr, wie kein anderes Land, von der Weltkrisis abhängig sei. 1918 hatten wir große Hoffnungen, daß die Revolution auch in den Ententeländern ausbrechen würde. Diese Hoffnungen sind illusorisch geworden. Damals hat die Entente alle gegenrevolutionären Generale gegen Rußland geheißt, damit Rußland zu keiner Verbindung mit dem revolutionären Europa käme. Heute sei die Sache anders, seitdem die Sowjetregierung den Frieden von Riga geschlossen habe, sei das Proletariat in die Defensive gedrängt.

In Deutschland besinde sich der Kapitalismus in der Offensive.

Die einzige Frage der deutschen Politik sei heute: Woher die Milliarden für die Entente nehmen? Stinnes will sie erlösen, verlange aber dafür die Alleinherrschaft in Deutschland. In Österreich sei der Zusammenbruch so gründlich, wie in keinem anderen Lande. 1918 war die Koalition der einzig mögliche Weg. Heute ist die Koalition unmöglich, weil sich die Machtverhältnisse geändert haben, und man nicht mächtiger werde, wenn man in die Revolution gehe. Einzelne Teile des Proletariats wollen, daß wir wieder in die Regierung gehen. Wir lassen uns in die Regierung nicht von der Bourgeoisie locken und nicht durch einzelne Teile des Proletariats hineindrängen.

In der Diskussion sprachen Deutsch, Max Mler, Dr. Trebitsch und Ehinger. Die Resolution Otto Bauers wurde einstimmig angenommen. Auf dem Parteitag sind 368 Delegierte anwesend.

Immer noch Illusionen

Hugo Stinnes soll nach seiner Rückkehr aus London, wie gestern abend in der Presse behauptet wurde, einigen Mitgliedern des Kabinetts über seine Reise und seine Erlebnisse berichtet haben. Ob diese Mitteilung zutrifft, entzieht sich unserer Kenntnis. Ihre Richtigkeit wird jedenfalls hier und da bestritten. Ebenjowenig wissen wir, ob er, abgesehen von seinen persönlichen Geschäften, irgendeinen Erfolg mit nach Hause gebracht hat. Alles was in privaten Kreisen darüber erzählt wird, beruht auf Vermutungen und ist mit großer Vorsicht aufzunehmen.

Dieselbe Zurückhaltung ist auch gegenüber einer Nachricht des Pariser „Journal“ am Platze, nach der die Reichsregierung in Fortsetzung der Besprechungen, die der Reichsbankdirektor Havenstein vor kurzem in London gepflogen hat, mit englischen Geldleuten Verhandlungen führe, die auf die Gewährung eines unmittelbaren Kredits an die deutsche Republik hinausläufen. Nach der Rede Wirths im Steuerauschuß läßt sich ja wohl annehmen, daß das Kabinett solche oder ähnliche Versuche unternimmt. Aber die Schwierigkeiten, die ihnen entgegenstehen, sind ihm genau so bekannt, wie uns: das Ausland hält den Staat für bei weitem weniger kreditfähig als die Industrie. Die Situation wäre eine andere, wenn er sich durch Erfassung der Sachwerte eine Basis für eine Anleiheoperation geschaffen hätte.

Inzwischen mehren sich die Stimmen von Industriellen, die für die Verwirklichung des Münchener Beschlusses des Reichsverbandes eintreten. Wie vor einigen Tagen der Direktor Krümer, hat sich gestern Geheimrat Duisberg als Vorsitzender des Vereins zur Wahrung der Interessen der heimischen Industrie Deutschlands dahin geäußert, daß die Durchführung der industriellen Kreditaktion eine unbedingte Notwendigkeit sei, auch wenn damit nichts weiter erreicht würde, als die Entente von der Zahlungsunfähigkeit und der wahren Wirtschaftslage Deutschlands zu überzeugen.

Tatsächlich bestehen ja innerhalb der Industrie Meinungsverschiedenheiten und Interessengegenstände. Die Fertigungsindustrie leidet mehr unter der fortgesetzten Entwertung des deutschen Geldes als Stinnes und die ihm verwandten Gruppen. Sie ist auch weniger als diese zu einer Entstaatlichung der Eisenbahnen geneigt, weil sie mit Recht fürchtet, daß die Eigentümers von Kohle und Eisen, wenn sie auch die Verkehrsmittel in die Hand bekommen, mit Hilfe der Tarifpolitik zum unbedingten Herren der verarbeitenden Gewerbe werden. Sie ist also bereit, dem Staate beizuspringen, aber leider besitzt sie allein nicht die notwendigen Mittel. Die Durchführbarkeit der Hilfeleistung hängt von der Gewährung der Garantien ab, die die ausländischen Geldgeber fordern, und über diese Garantien verfügt in erster Linie die Schwerindustrie. Es ist also vorläufig noch alles in der Schwebe, und ob die am 15. Januar fälligen 500 Millionen Goldmark pünktlich zur Stelle sein werden, steht noch vor dahin. Von einer Stabilisierung der Mark, von einer Beseitigung der unheilvollen Folgen des steigenden Dollarkurses sind wir noch weit entfernt. Wir dürfen uns nicht durch optimistische Darstellungen zu Illusionen verleiten lassen.

Nach dem letzten Bericht der Reichsbank hat sich in der Zeit vom 10. bis 20. November die schwappende Schuld an diskontierten Scheckanweisungen wieder um über 4 Milliarden Mark vermehrt. Sie betrug am 20. November über 221 Milliarden. Diese Ziffern mahnen aufs Neue zu schnellem und energischem Handeln, und weder das Gerücht, daß Amerika unter Umständen bereit sei, seine Schuldforderungen an die Allierten um 50 Prozent herabzusetzen, noch die immer wieder auftauchende Versicherung, daß in der Reparationskommission doch eine Mehrheit für ein Deutschland zu gewöhnlichem Moratorium vorhanden sei oder vorhanden sein werde, entheben die Regierung der Pflicht, die Schritte zu tun, die wir ihr oft genug vorgezeichnet haben.

Die Erfassung der Goldwerte wird von den kapitalistischen Parteien jetzt in der Hauptsache mit dem Hinweis auf die Gefahr der Ueberfremdung bekämpft. Die Ueberfremdung aber geht ohnehin ihren Weg, da die Ausländer in der Lage sind, Anteile an deutschen Unternehmungen bei dem gegenwärtigen Stande der Mark für einen Apfel und ein Ei zu erlangen. Und was wichtiger ist: die englischen Industriellen haben in der von uns bereits erwähnten Denkschrift klar zum Ausdruck gebracht, daß sie die deutschen Sachwerte als veräußerbares Pfand in die Hand bekommen wollen, wenn Deutschland auf andere Weise seinen Verpflichtungen nicht genügen kann. Gerade auf England haben doch diejenigen gehofft, die seit Monaten mit dem Gedanken unserer Bankrott-erklärung spielen. Gewiß sehen die Engländer die Unmöglichkeit ein, daß Deutschland die Wiedergutmachung in der im Ultimatum vorgezeichneten Weise dauernd durchführt. Aber sie denken nicht daran, nun einfach zu verzichten, sondern sie verlangen Sicherheiten, und zwar nicht nur in der Form hypothekarischer Rechte, sondern auch in der eines unmittelbaren Einflusses auf die deutsche Wirtschaft. Sie wollen eine Kontrolle über sie, die nicht zuletzt

Die Märzverbrecher

Eine Erklärung Paul Levis

Genosse Paul Levi von der Kommunistischen Arbeiters-Gemeinschaft sendet uns folgende Erklärung: Es wird von gewisser Seite der Versuch gemacht, an der Veröffentlichung der Protokolle über den Märzaufruf mir eine Schuld zuzumessen. Ich erkläre, daß ich der Veröffentlichung vollkändig fernstehe. Ich liege in diesen Tagen krank im Sanatorium.

Mir ist erst vor ziele zwei Monaten aus der Aussage des Staatskommissars Weismann vor dem Untersuchungsaußchuß und dann aus weiteren zufälligen Äußerungen bekannt geworden, daß der Staatskommissar sich in den Besitz der Protokolle gesetzt habe dadurch, daß diese Protokolle Clara Zetkin beim Grenzübertritt von der deutschen Polizei abgenommen worden sind. Weshwegen Clara Zetkin als deutsche Reichstagsabgeordnete sich der Wegnahme von Papieren durch die deutsche Polizei nicht widersetzt und sie von der Wegnahme weder ihren damaligen, noch, wie ich annehme, ihren heutigen Freunden Kenntnis gegeben hat, um der Verwertung des zu Unrecht weggenommenen Materials vorzubeugen, entzieht sich meiner Kenntnis.

Im übrigen bemerke ich, diese Protokolle sind von den Beteiligten abgefaßt und mir zugänglich gemacht worden aus ganz anderen Gründen als aus dem, daß ich im Lande herumgereist sei oder hätte reisen lassen. Die Gründe, weshalb die Genossen sich an mich drängten, waren andere. Ich nehme an, daß Hugo Eberlein trotz seiner Rede im Landtag darüber Bescheid weiß.

Berlin, den 26. November 1921.

Paul Levi.

Aus dieser Erklärung ergibt sich, daß an der Echtheit der vom „Vorwärts“ veröffentlichten Berichte über den kommunistischen Märzaufruf nicht zu zweifeln ist. In sehr merkwürdigem Lichte — gelinde gesagt — erscheint die Rolle, die Clara Zetkin in der ganzen Affäre gespielt hat. Sie läßt sich nicht nur als deutsche Reichstagsabgeordnete die Papiere abnehmen, sondern sie verzichtet auch darauf, ihre Gründe darüber zu unterrichten, daß die höchst belastenden

Dokumente in die Hände der Polizei geraten sind. Und das schlimmste ist: sie arbeitet weiter mit der so fürchterlich bloßgestellten Gesellschaft zusammen. Man versteht es einfach nicht, wie eine Frau, die in der Vergangenheit einmal den Ruhm einer Führerin der deutschen Arbeiterbewegung besaß, sich dazu hergeben kann, die Verbrecher ihrer jetzigen Genossen zu verschweigen und mittelbar gutzuheißen.

Jedem Proletarier sollte es aber jetzt klar sein, wie dringend notwendig die Reinigung der Arbeiterbewegung von den Elementen ist, die sich in der Leitung der kommunistischen Partei breitmachen. Es kann und darf mit Leuten keine Gemeinschaft geben, die unter dem Deckmantel revolutionärer Aktionsbereitschaft das denkbar frivolste Spiel mit den Interessen der Arbeiterklasse treiben.

Es ist aber auch Wlucht, darauf hinzuweisen, daß schließlich auch die deutschen Kommunisten ja nur die Geschehenen sind. Hinter ihnen standen die Sinowjew, Kadel und Bela Kun, die Levi ja schon einmal bei früherer Gelegenheit unerblickt als Verbrecher bezeichnet hat. Diese selben Personen waren jetzt drauf und dran, in Gemeinschaft mit ihren willfährigen Werkzeugen in Deutschland neue Taten nach dem Muster der im März geplanten und vollbrachten zu vollziehen. Die Enthüllungen werden ihnen hoffentlich das Handwerk legen.

Pflicht des Genossen Paul Levi aber wäre es, sich nicht länger auf Andeutungen zu beschränken, sondern ganz offen zu sprechen. Rücksichten auf seine früheren Freunde sind nicht mehr länger am Platze, wo es sich um das Sein und die Zukunft der Arbeiterbewegung handelt.

Das Verbot der „Täglichen Rundschau“ ist in der gestrigen Sitzung des Beschwerdeausschusses des Reichsrats nach zweitägiger Dauer wieder aufgehoben worden. Der im Verbot angegebene Tatbestand erschien dem Beschwerdeausschuß nicht ausreichend für die durch die Ausnahmeverordnung des Reichspräsidenten gegebenen Voraussetzungen.

Neue amerikanische Poststellen in Deutschland. Von ausübender Stelle wird mitgeteilt, daß vom 28. November ab in Deutschland amerikanische Poststellen in Hamburg, Bremen, Königsberg (Ostpreußen), München, Stuttgart, Leipzig, Köln, Koblenz, Frankfurt a. M., eröffnet werden, die selbständige Schalterstellen stellen.

dazu benutzt werden könnte, die deutsche Ausfuhr in einer ihnen genehmen Weise zu regeln. Was uns danach droht, ist also wesentlich drückender und schlimmer als die Beteiligung des Staates an der Industrie und als eine Zwangshypothek auf die landwirtschaftlichen Werte. Klar ergibt sich, daß, wenn die Regierung nicht den Willen oder die Kraft besitzt, die Besitzer der Goldwerte von sich aus heranzuziehen, das Ausland Maßnahmen ergreifen wird, die den Widerstrebenden noch viel weniger gefallen.

Die englischen Industriellen fordern auch die Sanierung unserer inneren Finanzen. Was geschieht in dieser Richtung? Die neuen Steuern werden beraten und Herr Hermes versichert, daß nach ihrer Annahme das Gleichgewicht im Haushalt hergestellt sein werde. Aber erstens ist es zweifelhaft, ob sie überhaupt die vorgesehenen 40 bis 42 Milliarden Papiermark auch nur auf dem Papier ergeben werden, und zweitens gehört ein ziemliches Maß von Leichtfertigkeit zu der Annahme, daß sie bereits im Rechnungsjahr 1922 genügend wirksam sein könnten, um den Fehlbetrag im Budget zu beseitigen. Der Steuerauschuß aber hat unsere Anträge auf sofortige Einziehung der noch nicht gezahlten Einkommensteuern und auf alsbaldige Erhebung des Notapfens abgelehnt. Das Defizit wird weitergeschleppt, die Mark fällt und die Preise steigen. Von sich aus unternimmt die Regierung nichts. Sie berät und sie hofft auf das Wunderbare.

Unter diesen Umständen ist es Aufgabe der Arbeiterschaft, den Druck auf die Regierung zu verstärken. Sie wird sich nicht durch die Stimmungsmache der Industriellen und der ihnen ergebenden Presse einlassen lassen. Mit all dem wird der veresendende Teuerung nicht Einhalt getan. Das Kabinett muß gezwungen werden, Farbe zu bekennen und endlich aus seiner Jurisdiktion herauszutreten. Findet es für durchgreifende Maßnahmen keine Wehrheit im Reichstag, so bleibt ihm nur der Weg des Appells an das Volk. Mit der Wahrscheinlichkeit, daß es dazu kommen wird, haben wir zu rechnen, und wenn sich unsere Hoffnungen auch nicht ausschließlich auf das Parlament beschränken, so müssen wir doch alles tun, was in unseren Kräften steht, um die parlamentarische Waffe bei etwaigen Neuwahlen in die Hand des Proletariats zu bringen.

Regierung und Preiswucher

Offiziell wird mitgeteilt:

Das Reichskabinett hat sich in den letzten Tagen wiederholt und eingehend mit den durch die gegenwärtige Teuerung verursachten Mißständen auf dem Gebiete der Volksernährung befaßt. Die Steigerung der Preise beruht in der Hauptsache auf der Entwertung der deutschen Mark, die ihrerseits wieder im wesentlichen durch den Friedensvertrag und die uns auferlegten Reparationslasten herbeigeführt ist. Einer wucherischen Ausbeutung dieser Sachlage muß aber mit aller Energie entgegengetreten werden. Handhaben hierzu bietet die Verordnung gegen Preistreiber, die im Jahre 1919 durch die Wuchergerichtsverordnung und im Dezember 1920 durch ein weiteres Gesetz bis zur äußersten Grenze verschärft worden ist.

Nach diesen Bestimmungen besteht die Möglichkeit, gegen Wucherer und Schieber mit den strengsten Strafen vorzugehen: Zuchthaus, Geldstrafe in unbeschränkter Höhe, Ehrverlust, Polizeigewalt, Unterfangung des Handelsbetriebs, Einziehung der Waren und des wucherischen Gewinns sowie Brandstiftung des Täters durch Urteilsverurteilung sind vorgesehen. Auch die Zurückhaltung von Gegenständen des täglichen Bedarfs fällt unter diese Strafandrohungen. Unabhängig vom Strafverfahren können Waren, die zurückgehalten werden, enteignet und der Allgemeinheit zugeführt werden. Ungewerliche Personen können vom Handel ausgeschlossen werden.

Besondere Aufmerksamkeit erfordern die Auswüchse auf dem Kartoffelmarkt. Hier hat der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft kürzlich eine neue Verordnung erlassen; danach wird der Verkauf von Kartoffeln beim Landwirt soweit er nicht für den eigenen Bedarf erfolgt, von einer besonderen behördlichen Erlaubnis abhängig gemacht; sie darf nur hinreichend sachverständigen und zuverlässigen Personen erteilt werden.

Die Reichsregierung und die Landesregierungen haben aus Anlaß der gegenwärtigen Teuerungswelle die nachgeordneten Stellen mit Nachdruck auf die Notwendigkeit der schärfsten Durchführung der Vorschriften gegen Preistreiber hingewiesen. Die Erlasse der preussischen und der bayerischen Regierung sind durch die Presse bekanntgegeben worden. Erfahrungsgemäß macht bei der Anwendung der Preiswuchervorschrift die Feststellung des angemessenen Preises Schwierigkeiten. Für das Gebiet der Kartoffelerzeugung hat deshalb der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft durch eine neues Rundschreiben an die Landesregierungen die Bildung besonderer Ausschüsse aus Vertretern der Landwirtschaft, des Handels und der Verbraucher angeregt. Diese Ausschüsse sollen unter behördlichem Vorsitz und unter Zuziehung von Vertretern der Strafverfolgungsbehörden die für die einzelnen Bezirke angemessenen Kartoffelpreise an der Hand bestimmter Richtlinien ermitteln und so den Strafverfolgungsbehörden die nötigen Grundlagen für ihr Einschreiten schaffen. Außerdem sollen sie bei dem Abschluß von Lieferungsverträgen zu den von ihnen ermittelten Preisen mitwirken.

Das Reichskabinett wird am nächsten Dienstag die Beratungen über die durch die gegenwärtige Teuerung geschaffene Lage fortsetzen.

Regierungsumbildung in Bayern?

Drahtmeldung unseres Korrespondenten

München, 20. November.

Der „Frankfurter Kurier“ erfährt, daß demnächst mit einer Erweiterung der Regierungskoalition in Bayern durch Einbeziehung der bayerischen Mittelpartei (Deutschnationale und Deutsche Volkspartei) zu rechnen sei. Die Mittelpartei würde dem Vernehmen nach den früheren Justizminister Dr. Roth nicht mehr präsentieren. Es soll vielmehr ein höherer Beamter als Justizminister in Aussicht genommen sein. Verhandlungen scheinen bis jetzt nur mit einer Partei der jetzigen Koalition gepflogen worden zu sein. Dazu schreibt die „Süddeutsche Demokratische Korrespondenz“ parteiunabhängig:

„Wenn Verhandlungen schon stattgefunden hätten, dies nur mit der bayerischen Volkspartei geschehen sein könnte. Die Frage der Heranziehung der bayerischen Mittelpartei in die Koalition ist nicht eine Frage, die zwischen ihr und der bayerischen Volkspartei in mehr oder minder geheimen Verhandlungen abgemacht werden könnte, sondern es ist eine Frage, die die ganze Koalition angeht, und bedeutet letzten Endes die Frage nach Bestand und der Aufrechterhaltung der bisherigen Koalition selbst. Sie glaube, daß sich weder die Demokraten noch der Bauernbund vor einer willkürlichen Auflösung stellen lassen würden. Ein unbedingtes Ver-

dürfnis nach Heranziehung der bayerischen Mittelpartei in die bayerische Regierungskoalition bestehe keineswegs.“

Auch nach unseren Informationen sind die Widerstände bei den Demokraten und dem Bauernbund gegen eine Erweiterung der bayerischen Regierungskoalition nach rechts noch so stark, daß diese Pläne, die vom rechten Flügel der bayerischen Volkspartei Dr. Heim — Dr. Wohlmuth) gefördert werden, im Augenblick keine Aussicht auf Verwirklichung haben.

Brotverbilligung in Bayern

München, 20. November. (M. T. B.)

Das Staatsministerium für Landwirtschaft löst den zugunsten der Bedürftigen im Lande bereits seit längerer Zeit getroffenen Maßnahmen zum Bezug von verbilligtem Milch und von verbilligten Kartoffeln auf Grund eines Ministerratsbeschlusses ab 1. Dezember auch eine Brotverbilligungsaktion folgen, durch die das Pfund Brot um 60 Pfennig unter dem sonst geltenden Preis abgegeben werden kann. Dieses Vorgehen können im ganzen 300 000 gering bemittelte Verbraucher teilhaftig werden. Wenn es gelingt, weitere Staatsmittel dafür flüssig zu machen, sind bereits Verhandlungen eingeleitet, damit weitere Kreise mit verbilligtem Brot, Milch und Kartoffeln versorgt werden können.

Die Dokumente der Märzaktion

Zu dem vom „Vorwärts“ veröffentlichten Material über die Inzenierung des Märzputsches durch die Kommunistenführer, das bekanntlich Klara Zetkin beim Ueberstreiten der deutsch-russischen Grenze abgenommen wurde, wird von zuzuhändiger Stelle mitgeteilt, daß das Material am 8. Juli dieses Jahres in die Hände der Behörden fiel. Nach genauer Prüfung ist es am 16. August dem Oberreichsanwalt am Reichsgericht zu Leipzig zur weiteren Veranlassung übergeben worden. Dieser hat daraufhin eine Untersuchung eingeleitet. Auch der Ausschuh des preussischen Landtages hatte Kenntnis von dem Bestehen dieser Dokumente und beauftragte im Laufe seiner Tätigkeit die Auswändigung durch den Oberreichsanwalt, der jedoch unter dem 29. September erklärte, daß er dem Antrag des Untersuchungsausschusses auf Freigabe des Materials nicht entsprechen könne, da die Untersuchung durch das Reichsgericht selbst noch liefe.

Am 10. November ließ dann der Oberreichsanwalt erklären, daß nunmehr das Verfahren soweit fortgeschritten sei, daß keine Bedenken mehr gegen die weitere Verwendung des Materials beständen. Tatsächlich geht das Verfahren weiter. Gegenteilige Mitteilungen entsprechen nicht den Tatsachen. Binnen kurzem dürfte gegen die beteiligten Personen Anklage erhoben werden.

Saubere Berichterstattung

Aus dem Bureau der Berliner Gewerkschaftskommission wird uns geschrieben:

Die Sonnabend-Abendausgabe der „Roten Fahne“ bringt einen Bericht über die Sitzung des Zentralrats der Betriebsräte des Wirtschaftsbezirks Groß-Berlin, wonach diese eine Vollversammlung der Betriebsräte abgelehnt haben soll. Dazu ist folgendes zu bemerken: Der Zentralrat hat mit 15 gegen 7 Stimmen beschlossen, zu der Lichterberger Affäre keine Vollversammlung einzuberufen, jedoch den Vollzugsrat beauftragt, eine entsprechende Resolution zu veröffentlichen und weiter eine Vollversammlung der Betriebsräte vorzubereiten, die sich mit den wirtschaftlichen Problemen befassen soll. Es ist nur festzustellen, daß das kommunistische Blatt nicht anders kann, als eifrig Fäher zu verunglimpfen, während es die verbrecherischen Taten der kommunistischen Führer keinen Leim wohlweislich verdunkelt. Eine Betriebsräte-Generalversammlung ist nicht die Stelle wilden politischen Durcheinanders, sondern hier sollen die für die künftige Wirtschaft wichtigen Probleme eingehend behandelt werden. Das mögen sich die sogenannten Einheitsfrontler gegolgt kein lassen.

Die öffentliche Ordnung

Besprechung im Polizeipräsidentium

Das am 22. November d. J. erlassene Verbot von Versammlungen unter freiem Himmel hat der Polizeipräsident, wie bereits bekanntgegeben, wieder außer Kraft gesetzt. Insofern mit der Aufhebung des Versammlungsverbotes hat der Polizeipräsident die Schutzpolizei angewiesen, gegen alle Straßendemonstrationen in sachdringlicher einzuschreiten, die nicht durch Ordnungssachen geleitet werden, und die den öffentlichen Zweck verfolgen, die öffentliche Ordnung und Sicherheit zu stören. Außerdem hat der Polizeipräsident die Vertreter der politischen Parteien und der Gewerkschaften für Donnerstag, den 1. Dezember, mittags 1 Uhr, zu einer Besprechung geladen. Hier sollen Maßnahmen besprochen werden, die geeignet sind, einen Mißbrauch der Versammlungsfreiheit zur Störung der öffentlichen Ordnung zu verhüten.

Bedenkliche Erscheinung

Die Zentralarbeitsgemeinschaft des deutschen Transport- und Verkehrsgewerbes schreibt uns:

Die Erörterung der Wirtschaftslage aller Zweige des Verkehrs hat eine Vollversammlung der Zentralarbeitsgemeinschaft des deutschen Transport- und Verkehrsgewerbes am 2. November in der Berliner Handelskammer veranlaßt. Der Zwang, die Notlage des Verkehrsgewerbes zu heben, verdrängte sich zu mehreren Resolutionen über Lebensfragen des Schiffs- und Landoverkehrs, die der Reichsregierung überreicht werden sollen. Die Kohlennot des Binnen- und Außen-schiffsverkehrs und des Kleinbahnwesens gab Veranlassung zu ernstesten Klagen. Die bisherige Tarifpolitik der Staatseisenbahn wurde lebhaft kritisiert, ebenso die Expeditionsabfertigung bei den Staatsbahnen und das Fehlen einer Vertretung der Spediture in den Bezirksstellenbahnräten.

Die Versammlung fand sich zuletzt auf Anregung des Herrn Schumann zu dem einmütigen Entschluß zusammen, im arbeitgemeinschaftlichen Sinne die durch die Valutatatastrophe zweifellos kommenden Entlohnungsschwierigkeiten zu lösen.

Es ist gewiß nicht nur unser allgemeines Mißtrauen gegen diese Arbeitsgemeinschaften, was uns die Befürchtung einflößt, daß sich hier die Arbeitervertreter für dunkle Zwecke der Unternehmung gewinnen lassen. Wir würden aber noch nicht einmal auf diese Zukunft eingehen, wenn nicht die Fragen des Verkehrs gegenwärtig eine so bedeutsame Rolle von entscheidender politischer Bedeutung spielen würden. Auffallend ist auch, daß die Arbeitsgemeinschaft des Verkehrsgewerbes die Öffentlichkeit gerade jetzt von ihren Entschlüssen unterrichtet, was sie sonst nicht tut. Leider wird der Wortlaut der Resolutionen verschwiegen. Wir möchten dennoch den Anlaß benutzen, um noch einmal dringend vor jeder Entschleunigung in der Verkehrsfrage innerhalb der Arbeitsgemeinschaft zu warnen, die der Erpressen und Schmarozern am Körper Deutschlands Wasser auf die Mühle geben könnte.

Der Kultusetat im Hauptauschuß

Wirkungsvolle Kritik der U. S. P. D.

Der Hauptauschuß des Landtages lehnte am Sonnabend die Beratungen über den Kultusetat fort. Es wurde das Kapitel der Hochschulen besprochen. Abg. Dr. Cohn (U. S. P.) ironisierte diese veraltete Einrichtung der Universitäten und fragte: Was ist gesehen zur genossenschaftlichen Organisation der Studierenden? Sie ist ebenso als soziales Erziehungsmittel, wie als ein Mittel zur Verbilligung der Lebenshaltung der Studierenden von Bedeutung. Er betonte weiter die Bedeutung der Auslandsstudierenden; die Zulassung ausländischer Studenten sei auch ein wichtiger Faktor der Auslandspolitik. — Staatssekretär Bede rührte aus, daß auf dem Gebiete des Genossenschaftswesens viel geschehen sei; als Ausländerfrage erkannte das Kultusministerium auch als außenpolitische Sache an, daß sei es nicht in der Lage, selbständig Außenpolitik zu machen. — Abg. Hanisch verlangt Schlußkommunikation der Studentenvereine gegen willkürliche Behandlung durch die Universitätsbehörden und fragt weiter nach dem Stande der Strafverfahren, der Förderung der Bibliothekanstalten zur Erleichterung des medizinischen Unterrichts. — Abg. Dr. Weigl (U. S. P.) wünschte eine soziale Abstufung der Semestergebühren nach dem Steuerzensus des Vaters bzw. des Studierenden. Die Berliner Universität werde insofern schlecht behandelt, als eine Reihe wichtiger Lehrstühle, so der für Geschichte der Medizin, der für Kassen- und Reklionskrankheiten normal sein und lediglich kommissarisch verwaltet werden. Die angeregte Uebernahme der Friedrich-Wilhelms-Universität für die bedürftigsten Ausländer bereits eingehend besprochen, sei nicht notwendig und wegen ihrer ungünstigen Lage zur Behandlung Tuberkulose nicht einmal zu empfehlen. Die von der Stadt zur Verfügung gestellten Krankeanstalten seien für den Unterricht der Studierenden völlig ausreichend. Man möge diesem Angebot endlich praktisch näher treten. Weigl bemängelte weiter die Erhebung von besonderen Gebühren in Höhe von 50 M. für jede Verbindung durch die Chortie und die Krankenkasse. Das sei ein großes Unrecht gegen die Frauen der Armen, um so mehr, als die häuslichen Anhalten sich mit den Verpflegungsgeldern begnügen. Für das hydrotherapeutische Institut wünscht Weigl eine gerechtere Lösung der Bettenfrage, da die Prof. Schauenberger'sche Klinik ganz unverhältnismäßig benachteiligt werde.

Der Regierungsvorsteher sagte Berücksichtigung der Weingarten Anzuegen zu.

Abg. Dr. Cohn (U. S. P.) wünscht an den Universitäten Lehranstalten für Alkoholbekämpfung. Unter dem Einfluß des Krieges sei die Macht des Alkoholkapitals viel stärker geworden und das öffentliche Gewissen demgegenüber viel schwächer.

Fran Wegscheider (S. P. D.) unterstreicht diese Forderung. Sie wünscht Ausweisung geeigneter Gelder zur besseren Kenntnis des Auslandes. — Staatssekretär Bede rührt Cohn für seine Anregungen besonderen Dank aus. In der Frage der Alkoholbekämpfung sei auch seitens der Universitäten ein energisches Vorgehen nötig.

Es werden dann Wünsche der einzelnen Innerektionen zur Sprache gebracht. — Abg. Weigl beantragt Streckung der Mittel für das Friedrich-Wilhelms-Tuberkulose-Institut und Verwendung der dadurch freiwerdenden Summe von 800 000 Mark für Zweck der allgemeinen Tuberkulosebekämpfung. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Eine große Zahl von Eingaben wird der Regierung als Material überwiesen.

Die deutsch-polnische Konferenz

Genf, 20. November.

Das auf der Genfer Tagung ausgearbeitete und heute unterzeichnete Reglement für die deutsch-polnische Konferenz über das in der Note vom 20. Oktober geforderte Abkommen umfasst zwölf Artikel.

Artikel 1 stellt fest, daß die Verhandlungen, die den in dem Beschluß der alliierten Mächte umgrenzten Fragen gelten, die Bestimmungen dieses Beschlusses ausführen müssen.

Artikel 2 zählt die bereits mitgeteilten Kommissionen auf, deren Zusammenfassung und Arbeitsmethode in den weiteren Artikeln festgelegt wird. Nach Artikel 3 ernannt jeder der beiden Bevollmächtigten für jede Unterkommision einen Präsidenten, die Berater und die Sachverständigen. Die Mitglieder der Unterkommisionen sollen möglichst der Bevölkerung des Abklimmungsgebietes angehören und in enger Verbindung mit dem Lande stehen. Die Präsidenten leiten abwechselnd die Verhandlungen. Neber die Verhandlungssprache entscheiden die Kommissionspräsidenten.

Artikel 4 schreibt vor, daß die Unterkommision einen Textentwurf, im Falle der Uneinigkeit zwei Textentwürfe, auszuarbeiten sollen und stellt dem Präsidenten der Konferenz und den Bevollmächtigten frei, an den Sitzungen teilzunehmen. Nach Artikel 5 können die Untersuchungen und Besuche an Ort und Stelle auch unter Teilnahme des Präsidenten und der Bevollmächtigten stattfinden.

Artikel 6 stellt fest, daß die von den Mitgliedern der Unterkommisionen vertretenen Ansichten die Bevollmächtigten nicht binden, und Artikel 7 stellt den Bevollmächtigten anheim, wenn ihnen das Endergebnis der Kommissionsarbeiten vorgelegt wird, diese Vorschläge anzunehmen oder abzulehnen.

Artikel 8 bestimmt, daß der Text des Abkommens von den Bevollmächtigten und dem Präsidenten der Konferenz, dem die ersten ihre Vorschläge bis 15. Januar zu stellen, aufgesetzt wird. Der Präsident trägt dafür Sorge, daß alle notwendigen Bestimmungen im Abkommen enthalten sind.

Artikel 9 lautet: Jeder der beiden Bevollmächtigten macht dem Präsidenten alle Angaben, die dieser in bezug auf die kritisch gebliebenen Fragen einfordern könnte. Der Präsident entscheidet in letzter Instanz über die Meinungsverschiedenheiten zwischen beiden Parteien. Der vom Präsidenten der Konferenz aufgesetzte Text über die kritischen Punkte wird von den beiden Parteien angenommen und in das Abkommen eingelebt.

Artikel 10 bezeichnet Genf als Sitz der Konferenz, Oberschieden als Sitz der ersten zehn Unterkommisionen und Genf als Sitz der ersten Unterkommision für Rinderpestschutz und überläßt dem Präsidenten Einberufung und Wahl der Verhandlungsorte für die später zu bildende Kommission, die Festlegung der Befugnisse der gemischten Kommission für Schiedsgerichte und gegebenenfalls alle anderen zwischenstaatlichen Fragen und die Verwaltungs- und Gerichtsorganisation in Ausführung des Abkommens.

Kleine Nachrichten

Personalien. Als Nachfolger des Staatssekretärs Bergmann ist Ministerialdirektor Fischer vom Reichsfinanzministerium zum Staatssekretär und Vorsitzenden der Kriegswirtschaftskommission ernannt worden. Herr Fischer leitet seit zwei Jahren die Abteilung des Reichsfinanzministeriums, die die Ausführung des Friedensvertrages bearbeitet und ist auch an den Verhandlungen mit dem Garantiekomitee und der Reparationskommission in Berlin wesentlich beteiligt gewesen.

Heimkehr der Kraschischnik verfolgten deutschen und russischen Kriegsgefangenen. Zu der Meldung, die durch einen Teil der Presse ging, daß die in Deutschland strafrechtlich verfolgten russischen Kriegsgefangenen jetzt trotz dieser Strafverfolgung ihrer Heimat zugeführt werden, wird von zuzuhändiger Stelle erklärt, daß sich dieses Verfahren auf den Artikel 2 eines Ergänzungsabkommens vom 6. Mai 1921 zum deutsch-russischen Gefangenenabkommen gründet. Danach werden die bestrofen oder strafverfolgten beiderseitigen Kriegsgefangenen ebenfalls ausgetauscht. Die in Frage kommenden deutschen Kriegsgefangenen werden mit einem der nächsten Transporte aus Rußland abgeführt werden.

Gemeinsame Kulturpolitik. Zwischen der deutschen und der österreichischen Regierung ist ein Uebereinkommen zustande gekommen, wonach die Resten der deutschen höheren Lehranstalten und der österreichischen Mittelschulen gegenseitig anerkannt werden.

Neuer Erpressungsversuch

Auch die Landwirtschaft stellt Bedingungen

In seiner Rede vor dem Steueraussschuß des Reichstages am vergangenen Dienstag hat der Reichsminister Dr. Wirtz mitgeteilt, daß die Industrie an ihren unerhörten Bedingungen für die Kreditaktion beirrt festhalte. Hat diese Mitteilung erkennen lassen, daß es sich bei dem Vorgehen der Großindustriellen um einen sorgfältig vorbereiteten Feldzug gegen die Selbstbestimmung des Staates handelt, so ist inzwischen auch Klarheit darüber geschaffen worden, daß die übrigen Erwerbstätigen, insbesondere die Landwirtschaft, dieselbe Erpressertaktik verfolgen.

In den letzten Tagen hat sich eine Vorstandssitzung des Reichslandbundes mit der Stellungnahme der Landwirtschaft zur Frage der Kreditaktion befaßt. Beschlüsse sind nicht veröffentlicht worden. Wie die „Frankfurter Zeitung“ aber mitteilt, läßt die Stellungnahme des Reichslandbundes auf Forderungen der Kontrolle der Finanzwirtschaft des Reiches hinaus, die außerordentlich weit gehen. Einen weiteren Fingerzeig für die Stellungnahme der großen landwirtschaftlichen Organisationen in der Angelegenheit der Kreditaktion geben die Beschlüsse, die auf einer kürzlich stattgefundenen Tagung sämtlicher deutscher Bauernvereine gefaßt worden sind. Als Vorbedingung jeder Beschlussfassung über eine Kredithilfe der deutschen Landwirtschaft, wie über Steuerfragen, die durch Erlassung des Grundbesitzes die Produktionsgrundlagen weiter schmälern, werden folgende Forderungen aufgestellt:

1. Die deutsche Reichsregierung wolle in offenem Bekenntnis der Leistungsfähigkeit des Reiches den alliierten und assoziierten Regierungen die Erklärung abgeben, daß die Reparationsverpflichtungen einer sofortigen Verringerung bedürfen, die der gegenwärtigen Leistungsfähigkeit entspricht. Es wird der Regierung anheimgestellt, diese Erklärung zu einem ihr geeignet erscheinenden Zeitpunkt abzugeben, der es ermöglicht, die Frage während der Abrüstungskonferenz zu Washington, jedenfalls aber vor Fälligkeit der Januarrate, aufzurollen.

2. Die zu fordernde Verringerung der Reparationsverpflichtungen dürfe nicht ausschließlich in einem zu gewährenden Moratorium bestehen. Die Reparationslast müsse vielmehr der veränderten Leistungsfähigkeit angepaßt werden, weil nur hierdurch eine Stabilisierung der Mark angepaßt werden. Dies aber sei die einzige Grundlage, auf der Maßnahmen zur Befriedigung der inneren und äußeren Bedürfnisse des Reiches endgültig getroffen werden könnten.

3. Die deutsche Landwirtschaft verlangt, daß die deutschen Wirtschaftsstände, nachdem sie in zwölfster Stunde zur Rettung aus dem wirtschaftlichen Zusammenbruch durch Hergabe ihrer letzten Mitteln aufgerufen worden sind, selbst in entscheidender Weise an der Gestaltung dieser Maßnahmen (Kredithilfe und Steuern) beteiligt werden, die eine Hergabe der Substanz deutschen Volkvermögens bedeuten.

Also genau wie die Industrie, so stellt auch die Landwirtschaft Forderungen, die einer völligen Auflösung des Staates gleichkommen. Ganz unverhüllt heißt es: Wir haben Geld, gebt uns dafür Macht. Diese Herrschaften halten jetzt alle die Zeit für gekommen, die Masse der „demokratischen Gesinnung“ abzulegen und den Staat ganz offen zu dem zu machen, was er nach ihrer Meinung immer sein soll: der Schlichter und Schwermächter der Interessen der kleinen Gruppe der Kapitalisten. Sie halten die Gelegenheit für günstig, um sich zum Herrn über den Staat zu machen. Unverhüllt sprach ja vor einigen Tagen die „Tägliche Rundschau“ diese Absicht aus.

Dieser Staat ist nicht mehr fähig, der Nation die Funktionen zu leisten, die er ihr schuldig ist und deren Leistung seine Existenzberechtigung ausmacht. Ihm geschieht kein Unnatürliches und Ungehöriges, wenn wirtschaftliche Kräftezentren die Tendenz zeigen, ihn auszuhalten und an seiner Stelle Funktionen zu leisten, die soziale Lebensnotwendigkeiten für uns sind.

Die eigenen geschäftlichen Wünsche und Interessen der Kapitalisten werden wie selbstverständlich als Interessen der Allgemeinheit hingestellt. Das ist die schärfste Kränkung, die sich denken läßt. Wann wird nun endlich die Regierung sich dagegen auflehnen? Ihr duldendes Abwarten stürzt

diese unverschämten Kapitalisten, Minderer, stärkt aber auch die Erregung der Massen, deren Existenz dadurch zum Spielball in Händen einiger Großmagnaten wird.

Der Standpunkt der christlichen Gewerkschaften

Wir muhten schon vor einigen Tagen auf die unbestimmte Haltung des Herrn Saltrusch, des Geschäftsführers der christlichen Gewerkschaften, zur Frage der mit erpresserischen Absichten verbundenen sogenannten Kreditaktion hinweisen. Jetzt zeigt sich, daß diese Haltung Saltruschs einer zentralen Parole, die für die christlichen Gewerkschaften allgemein gilt, entspricht. Das „Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften Deutschlands“ geht in seiner neuen Nummer auf die Forderung der Enstaatlischung der Reichseisenbahnen ein. Es schreibt, die Großindustriellen seien nicht bereit, dem Reiche bedingungslos Kredit zu geben. Mit ihrer „Ehre“ halten sie es für unvereinbar, einem Staates wesen zu helfen, dessen Regierung sie nicht zutrauen, die eigenen Betriebe in Ordnung zu halten. Die Industriellenzüge, schreibt das Blatt weiter, verlangen Garantien vor allem für eine kaufmännische Geschäftsführung in den Betrieben der Eisenbahn und Post. Und da sie nicht den Glauben haben, daß es der staatlichen Bureaokratie gelingen wird, die Defizitwirtschaft zu befeitigen, so verlangen sie die Enstaatlischung der Betriebe. Sodann schreibt das Zentralblatt wörtlich:

Die Forderungen der Industriellen Wsen im deutschen Volke zahllose Proteste aus. Der Gedanke der Ueberführung der Eisenbahnen in Privatbesitz ist der jetzigen Generation des deutschen Volkes schier unfaßbar. Und doch wird es wohl oder übel sich mit dem Gedanken der Enstaatlischung befreunden müssen, wenn der Nachweis geführt wird, daß unter staatsbureaokratischer Leitung an eine Gesundung des Eisenbahnwesens nicht zu denken ist und es der privaten Initiative möglich sein wird, eine rentable oder wenigstens eine sich tragende Einrichtung daraus zu machen. Diesen Nachweis zu führen sind Sinnes und Konsortien dem deutschen Volke schuldig, wenn sie Wert darauf legen, daß ihr Name im eigenen Lande ein ehrlicher bleiben soll.

Das Zentralblatt teilt dann mit, daß sich die christlichen Gewerkschaften bezug der Deutsche Gewerkschaftsbund der Protestbewegung gegen die Enstaatlischung der Eisenbahn bisher nicht angeschlossen haben. Sie müssen sich zuvor über die Tragweite des Problems informieren. Bevor die Bewegung ein Urteil über das Verlangen der Industrie abgeben kann, müsse Klarheit geschaffen werden über eine ganze Anzahl Fragen. Diese Fragen seien so aus:

Die wichtigste ist zunächst die, ob die Kredithilfe der Industrie in ihrer Höhe und auch zeitlich so unbegrenzt sein kann, daß das Reich damit über den Berg hinwegkomme und wir vor dem finanziellen Zusammenbruch des Reiches bewahrt bleiben. Kann die Industrie hier keine Garantien bieten, so muß ihr Wunsch als weiterhin undiskutabel gelten. Wir haben starke Zweifel, daß die Industrie sich dafür stark machen kann.

Daran knüpft das Blatt nur noch einige Zweifel, ob es der Industrie gelingen werde, den Nachweis für die Rentabilität der Eisenbahnen in privater Hand zu erbringen.

Trotzdem bedeutet das ganze, daß die christlichen Gewerkschaften und der Deutsche Gewerkschaftsbund einstweilen überhaupt keinen Standpunkt zu dieser Frage einnehmen. Ihre Zustimmung oder Ablehnung zu dem Erpresserstreik der deutschen Industrie werden sie abhängig machen von der Höhe des Preises, den die Industrie für die Reichseisenbahnen zahlen. Erscheint ihnen dieser Preis hoch genug, dann werden sie bereit sein, sich „mit dem Gedanken der Enstaatlischung zu befreunden“. Außerdem läßt diese Haltung erkennen, daß die Führer der christlichen Gewerkschaften von ihrer Partei, dem Zentrum, noch keine bestimmte Weisung über die Haltung, die sie einnehmen sollen, empfangen haben.

Wir begnügen uns einstweilen mit der Feststellung dieser Tatsachen. Die klassenbewußte sozialistische Arbeiterschaft erkennt daran, daß sie in ihrem Kampf gegen die Enstaatlischung der Eisenbahnen in den christlichen Gewerkschaften keinen Bundesgenossen finden dürfte. Zu erkennen ist daran ferner, daß sich die christlichen Gewerkschaften selbst jedes Einflusses auf die Haltung des Zentrums in dieser Frage zu enthalten gedenken.

Sogar Dr. Vogel von der deutschnationalen Partei stimmte der Genossin Jek zu, daß dem Genossen Hoffmann Unrecht geschehen sei, ebenso Steinlopf (S. P. D.), während der Regierungsvorsteher das Verfahren verteidigte.

Alexander Schreider freigelassen

Das von Crispian und Ledebour am 23. d. Mts. abgeschickte Telegramm nach Warschau hat bereits Erfolg gehabt. Gleichzeitig war auch ein Telegramm von Friedrich Adler aus Wien eingelaufen. Die polnischen Sozialisten, insbesondere die Genossen Dajnowski und Cimanowski haben sich eifrig um die Freilassung des verhafteten russischen Genossen bemüht und sie sehr bald erwirkt. Er ist am 26. November bereits in Berlin eingetroffen. Seine Verhaftung war unter höchst merkwürdigen Umständen erfolgt. Er besand sich auf der Rückreise von Kurland nach Litauen, wohin sein Bahisium lautete, wurde aber in Wilna von polnischer Polizei verhaftet und nach Warschau verschleppt, weil er kein polnisches Bahisium gehabt habe. In Warschau angekommen, legte man ihm eine Geldstrafe von 2000 polnischen Mark auf, weil er unerlaubt nach Warschau gekommen sei. Nichts. Nach der Zahlung der Strafe ließ man ihn frei. Dann wurde er aber sofort auf Veranlassung des polnischen Generalrats wieder verhaftet und in ein geheimes Gefängnis verschleppt, so daß er für seine Freunde etwa eine Woche lang verschollen blieb. Erst die Telegramme unserer Genossen aus Wien und Berlin brachten die polnischen Sozialisten auf die Spur. Die polnischen Sozialisten haben es auch übernommen, dafür zu wirken, daß dem Genossen Schreider das Geld zurückgegeben wird, das ihm widerrechtlich von dem polnischen Generalrat vor zwei Jahren in Warschau abgenommen wurde. Es handelt sich dabei um eine Summe von nicht weniger als 26000 Schweizer Franken. Es waren das Parteigelder, die in der Schweiz eingezahlt und von der Schweizer Freigenossenschaftlichen Bank in einem auf Alexander Schreider lautenden Scheck auszahlbar waren. Damals war Schreider in Warschau in Haft gehalten worden. Das obgenannte Geld hatte man ihm nicht zurückgegeben. Offenlich haben die Bemühungen unserer polnischen Genossen auch in dieser Beziehung Erfolg.

Ueber den Parteien

Von Felix Hirsch

Die wachsende Not um das tägliche Brot, die die arbeitende Menschheit ergreift, und die gewaltige Aufgabe, der katastrophalen Entwicklung zu steuern, läßt immer stärker den Mangel in Erscheinung treten, der darin liegt, daß die Arbeiter- und Angehörigenschaft sich im Kampfe um ihre Interessen nicht um ein einziges, gemeinsames Banner schart. In dem tiefempfundenen Bewußtsein, daß das Proletariat die Macht in den Händen hat, wenn es nur einig ist, sucht man nicht mehr nach Gründen für diese Uneinigkeit, sondern drängt ungestüm nach einem Wiederfinden zueinander.

Dieser Einigungswille ist läßlich und erstrebenswert. Aber er schließt leider nur zu oft über sein Ziel hinaus und steht die Parteien Taktiken nicht, die sich nun einmal hindern aufsperrt haben. Es ist nicht so, daß jede Einigkeit stark macht. Politisch wird eine äußere, verleierte Einigkeit eher schaden als nützen; zur wirklichen Tat gehört die innere, gefestigte Einigkeit, die Meinungsverschiedenheiten zuläßt, aber eine einzige zielklare Linie bedeutet. Eine solche Linie bei den proletarischen Parteien nicht gefunden ist, bleibt es zwecklos, von absoluter Einigkeit zu reden. Die Dinge müssen werden und wachsen.

Nun gibt es in allen drei sozialistischen Parteien Heißsporne, die glauben, man brauche nur selbst zu wünschen, und die Einigung vollzogen sich von selbst wie am Schnürchen. Und weil es nicht so geht, wie sie meinen, sprechen sie es ruhig aus, daß an allen den Uneinigkeiten nur die verflügten Führer Schuld seien. Daher sollte man sich nicht mehr an diese Leute kehren, sondern frisch und frant sich einigen, und wenn es nicht anders geht, über die Köpfe der Führer hinweg.

Dies „über die Köpfe der Führer hinweg“ ist wohl in letzter Zeit eines der beliebtesten Schlagworte geworden und ist doch sicherlich eines der dümmsten. Einen proletarischen Partei, die ihre Führer nicht zu dem Willen zu zwingen sucht, welchen die Mehrheit der Mitglieder hat, kann wohl eine Zeit bestehen, aber diese undemokratische Einstellung wird sich schließlich doch sehr bitter rächen. Die Mitglieder solcher Partei aber, die nicht einmal den Mut haben, sich aus ihr zu entfernen, bringen erst recht nicht den Mut auf, sich über die Führerköpfe mit anderen Proletariern zu einigen. Ich bezweifle nicht im geringsten, daß es Führergeiz gibt, aber dieser Egoismus kann die Einigung nicht aufhalten, wenn nicht die Mitglieder selber in tiefen Gegensätzen zu den anderen Proletariern stehen.

In den letzten Tagen ist wiederum laut der Ruf erklingen nach Einigung. Betriebsräte aus vielen Teilen Deutschlands haben die Initiative ergriffen, um die Einigung der Parteien, Gewerkschaften und übrigen proletarischen Organisationen zu einer Aktion herbeizuführen.

Es gab einmal eine Zeit in der politischen Entwicklung, als die Betriebsräte die politische Klasse, die dem Handeln dieser Gruppe zugrunde liegt, mit einer größeren Berechtigung hätten ausüben können. Damals mochte der Kampf in der Arbeiterschaft hin und her, und es schien so, als ob die Betriebsräte ein entscheidender Faktor auch im politischen Leben werden sollten. Aber in den Kämpfen, ob freie Betriebsräteorganisation oder Angliederung an die Gewerkschaften, ist der gewerkschaftliche Gedanke Sieger geblieben, und niemand hat mehr den Gedanken der überparteilichen Betriebsräte im Stich gelassen wie seine Väter, als sie sich mit der Spaltung der U. S. P. D. zu beschäftigen begannen.

Die Betriebsräte wären damals vielleicht in stande gewesen, den Parteien gewisse politische Wege vorzuschreiben, heute aber befehlen ihr Eintreten — das muß der unabhängige Sozialdemokrat folgen — eine unter Umständen unholloose Zerstückelung der politischen Tätigkeit des Proletariats.

Wer muß und wer darf politische Aktionen durchführen? Nur die Partei! In ihr sind die politischen Interessen vereint, in ihr findet der Weltanschauungsgehalt der Mitglieder seine Heimat, der taktische Weg ist festgelegt zur Erreichung dieses Zieles, das diesem Gedanken entspricht. Und erst muß die Partei auch sein in der Disziplin ihrer Organisation, in der tiefen Verantwortung, die sie trägt gegenüber den von ihr eingeleiteten Aktionen.

Eine solche Partei ist eine stabile, kräftige Macht, die den Mitschreitenden ein hartes Vertrauen einflößt, gegenüber einer sich plötzlich aus der Tiefe erhebenden Versammlung, deren Verankerung zum Teil ganz unbekannt und daher auch unverantwortlich ist.

Braucht eine solche Partei die anderen politischen Organisationen, braucht sie die Gewerkschaften, die Betriebsräte, so hat sie sie zu rufen. Vorher aber hat sie durch ihre tüchtigsten Vertrauensmänner Wert darauf zu legen, daß die Gewerkschaften vor allem von dem Geist der Partei erfüllt werden, damit sie politisch der Führung der Partei zu folgen in stande sind. Und da ist es gar kein Fehler, wenn drei Anschauungen miteinander kämpfen, die stärkere, zielbewußtere und heldischer wird sich schon durchsetzen.

Für die Mitglieder unserer Partei gilt aber in den kommenden schweren Wochen mehr denn je der Ruf, keine unverantwortlichen Resolutionsaktionen zu betreiben. Wie es nur zu wahr ist, daß Einigkeit stark macht, so haben auch wir die unbedingte Pflicht, in unserer Partei in einiger Disziplin zu bleiben. Nicht über den Parteien wollen wir schweben, sondern kräftig zumarschieren zu den Zielen unserer Partei.

Aus der Partei

Fortschritte in der Bewegung

Infolge der erhöhten Werbetätigkeit ist es in einer Reihe von Bezirken gelungen, sowohl neue Mitglieder für die Partei, wie auch neue Leser der Parteipresse zu gewinnen. So meldet

| Bezirk | 2528 neue Mitglieder | und 2009 neue Leser |
|------------|----------------------|---------------------|
| Berlin | 2100 | u. über 5100 |
| Düsseldorf | 297 | und 557 |
| Königsberg | 328 | und 130 |
| Alttau | 280 | und 180 |
| Magdeburg | 573 | und 830 |
| Stettin | 800 | und 250 |
| Dresden | 500 | und 1500 |
| Salzwedel | 105 | und 400 |
| Kassel | 150 | und — |
| Halle | — | und 300 |
| Blauen | — | und 1200 |

7161 neue Mitglieder und 15088 neue Leser

Kußerdem meldet Düsseldorf, daß 243 Mitglieder der Kommunistischen Partei zur U.S.P. übergetreten sind.

Das Beamtenrätegesetz

Im Beamtenausschuß

Der 23. Ausschuß des Reichstages lehte gestern die Generaldebatte über den Regierungsentwurf eines Beamtenvertragsgesetzes fort. Ein Regierungsvertreter gab zu Beginn der Sitzung die Erklärung ab, daß die Regierung bereit sei, in verschiedenen Punkten nachzugeben. Er glaubte auch annehmen zu dürfen, daß die Regierung der Forderung auf Einrichtung von Schlichtungsstellen nicht unbedingt ablehnend gegenüberstehe, wenn Schlichtungsstellen keine hindern Entscheidungen befugnisse erhalten.

Hg. Bender (S. P. D.) übte scharfe Kritik an dem von seinem Parteifreund Gradnauer unterzeichneten Regierungsentwurf, dem er die Auffassung entgegenstellte, daß die im Beamtenrätegesetz vorgesehene Rechte zum größten Teil auch in das Beamtenvertragsgesetz zu übernehmen seien.

Gen. Breunig stimmte den Ausführungen Benders zu und begründete einen von unserer Fraktion eingebrachten Antrag, der dahin geht, das Beamtenvertragsgesetz auch auf die Beamten zu übertragen. Die Regierung wird aufgefordert, alsbald eine Novelle zum Beamtenvertragsgesetz vorzulegen, die den Forderungen der Beamten, Angestellten und Arbeiter Rechnung trägt. Ferner wird in diesem Antrag gefordert, das Beamtenrecht sofort einer grundlegenden und zeitgemäßen Neuordnung zu unterziehen. Gen. Breunig konnte nachweisen, daß die in unserem Antrag aufgestellte Forderung schon bei der Beratung des Beamtenvertragsgesetzes nicht nur von unserer Fraktion, sondern auch von den Gewerkschaften, insbesondere vom A.F. B. und erhoben worden ist.

In einem weiteren Antrag fordert unsere Fraktion die Einrichtung von Schlichtungsstellen für Beamte im Rahmen der allgemeinen Schlichtungsordnung. Den besonderen Verhältnissen soll durch Errichtung von besonderen Sach- oder Spruchkammern Rechnung getragen werden.

Die Generaldebatte ist noch nicht beendet und soll in nächster Zeit fortgesetzt werden.

Aus der vorhergehenden Sitzung ist noch nachzutragen, daß die Genossin Jek bei der Begründung der Forderung der Schlichtungsstellen und der weiteren Forderung nach Schlichtungsstellen für die Beamtenräte zur Illustration den auch von uns schon behandelten Fall des Genossen Hoffmann vorlegte und nachwies, daß sich der Genosse Hoffmann nicht verhalten hätte, wenn Schlichtungsstellen für die Beamtenräte und eine Berufungsinstanz im Schlichtungsamt bestanden hätten.

Zähne 4 u. 7 Mk. mit Friedenskautschuk
3 Jahre schriftliche Garantie. Zahnziehen mit Befahrung bei Bestellung von Gebiss gratis. Kronen v. 30 Mk. an.
Spez.: Zähne ohne Goumen. Keine Inzurosoren.
10% Prämienzahlung.
Zahn-Praxis Hatvani, Dantiger Straße 1.

Die Geheimnisse der Schloßfaserne

Die Spitzelhundertchaft Deutschnationale Flugblätter als Löhnung für Baltikumer

Zu Beginn der gestrigen Verhandlungen wegen der Ermordung des Wachmeisters Buchholz teilte der Vorsitzende mit, daß der Prozeß noch mindestens vier Verhandlungstage dauern würde. Es wurde dann in der Beweisaufnahme fortgesetzt. Ein Zeuge, der über den Leumund des Buchholz befragt wurde, und den Standpunkt vertrat, daß wegen Veruntreuung Buchholz sich das Leben genommen habe, wurde von der Staatsanwaltschaft darauf aufmerksam gemacht, daß seine Aussagen ziemlich unvorsichtig seien, da er nicht wisse, ob Buchholz die Beträge, die er angeblich nicht ausgezahlt habe, überhaupt erhalten hätte. Der Vorsitzende hatte an der Aussage dieses Zeugen nichts auszusetzen. Als ein Geschworener den Zeugen befragt, für was er damals die Beträge erhalten sollte, verweigert der Zeuge die Aussage. Von dem Vorsitzenden darauf aufmerksam gemacht, daß der Polizeipräsident sämtliche Beamten die Genehmigung zur Aussage erteilt habe, fühlte sich der Zeuge zu der Befragung veranlaßt, daß es sich damals um

die Möglichkeit einer Unterhaltung zu. Der Zeuge bestritt, den Angehörigen des Buchholz erzählt zu haben, daß er gesehen hätte, wie Buchholz erschossen worden wäre. Die Zeugen mühten sich vergeblich. Als der Vorsitzende ihm die Erzählung, die er mit dem Zeugen Lohr gehabt habe, vorhält, veranlaßt Helbing zu der Bemerkung, daß er solche Märchen nicht erzählt habe.

Auf die eindringlichen Fragen des Vorsitzenden, ob er vor seiner Vernehmung sich mit irgend jemand oder seinen Kameraden über den Fall Buchholz unterhalten habe, antwortet der Zeuge: Nein. — Staatsanwalt: Sind Sie dem Zeugen Lohr als Leutnant krank vorgestellt worden oder haben Sie Papiere auf den Namen Lohr besessen? — Zeuge: Nein. — Staatsanwalt: Haben Sie Herrn Lohr Kriegsmaterial zum Kaufe angeboten? — Zeuge: Darüber verweigere ich die Aussage. — Es wird eine Gegenüberstellung des Helbing mit dem Zeugen Lohr auf Beschluß des Gerichts am Montag stattfinden.

Zeuge Hans Kobald bekundet, daß er die Ueberzeugung hatte, wenn Buchholz Untersuchungen begangen haben sollte, er diese nicht allein untergehen hätte. Der Oberwachm. Lehmann sei sehr

leichtsinzig mit den Geldern umgegangen und habe ihm einige Tage vor der Abrechnung gesagt, er, der Zeuge, solle die Abrechnung gut machen, damit sie beide auf den Loß kämen. Der Ueberwachm. sollte geteilt werden. Der Zeuge hat über diese Ausführungen des Lehmann dem Leutnant Enderlein Mitteilung gemacht. Buchholz habe am Tage seines Todes sehr intensiv gearbeitet und habe nach Schluß der Geschäftszeit ihn gefragt, ob er mit ihm ausgehen wolle. Zu Störckbaum habe Buchholz gesagt, wenn er mundtot gemacht würde, dann gehe die ganze Sache durch die Presse. Störckbaum sagte zu Buchholz, wenn er denke, daß etwas gegen ihn unternommen würde, solle er sich doch in Schutzhaft nehmen lassen. Der Zeuge sagt weiter aus, daß er dem Leutnant Enderlein gesagt habe, die Untersuchung wegen der Untersuchungsaffäre werde sehr einseitig geführt. Buchholz schielte ohne Pistole unter dem Kopfkissen, weil er befürchtete, daß man ihm etwas antun wolle.

Nach dem Schuß auf Buchholz im Zimmer 39 sah der Zeuge Hillemann, daß Erren aus dem Zimmer 39 herauskam, er sah aber auch, daß sich jemand aus dem Zimmer 38 rasierte. Die beiden Zimmer sind durch eine Tür miteinander verbunden und seit der Nordtat fehlt der Schlüssel zu dieser Tür, so daß ein neues Schloß eingelegt werden mußte. Der Zeuge Kobald ergänzt seine Aussagen und teilt mit, daß Störckbaum ständig von einem Zivilisten verfolgt worden wäre, denn sämtliche Leute, die auf dem Geschäftszimmer des Buchholz arbeiteten, standen unter dem Verdacht, mit der „Rosen Fahne“ in Verbindung zu stehen. Störckbaum habe ihm gegenüber erklärt, daß er auch nach dem eventl. Tode des Buchholz unter Eid aussagen würde, daß Oberwachmeister Lehmann Kleidergelder empfangen und unterschlagen habe.

Nach der Vernehmung des Wachmeisters v. Schmeeling, der ausfragt, daß der Revolver, aus dem der tödliche Schuß auf Buchholz fiel, nicht der Revolver des Buchholz sei, wird die Verhandlung auf Montag vertagt.

Wieder ein Sklarprozeß

Vor dem Amtsgericht Charlottenburg fand gestern wieder einmal ein Belästigungsprozeß statt, den Heinrich und Waldemar Sklarz gegen den früheren Reichstagsabgeordneten Davidsohn und den Herausgeber der Zeitschrift „Action“ Psempfert wegen eines in dieser Zeitschrift veröffentlichten Artikels angestrengt hatten. Es handelt sich in dem Artikel um die bekannten Vorwürfe gegen die Coburger Sklarz, die als Schieber bezeichnet werden. Auf Wunsch von Heinrich Sklarz wurde seine Klage abgetrennt und nur die Klage von Waldemar Sklarz verhandelt, dem Justizrat Werthauer zur Seite stand. Die Beklagten, die durch Justizrat Broß und Rechtsanwalt Rüßell vertreten waren, bezeichneten es als sonderbar, daß nicht der in dem Artikel namentlich genannte Georg Sklarz und auch keiner der beiden in früheren Prozessen verurteilten anderen drei Brüder, sondern gerade Waldemar Sklarz, gegen den sie garnichts vorgebracht hätten. Das Gericht trat dieser Auffassung bei und wies die Klage ab. Nach Schluß der Verhandlung verlangte plötzlich Heinrich Sklarz die sofortige Verhandlung seiner Klage.

Die „Freiheit“ wird teurer

Eine leider unvermeidliche Maßnahme.

Trotz aller Anstrengungen, in den Strudel der brandenburgischen Teuerung nicht mit hineingerissen zu werden, sieht jeder einzelne von uns sich vor die Notwendigkeit gestellt, den veränderten Preisverhältnissen Rechnung zu tragen. Die Teuerung schreitet unaufhaltsam fort und verschont kein einziges Gebiet der Wirtschaft. Auch das Zeitungsweisen gehört zu den Leidtragenden dieser Entwicklung, und es ist klar, daß, wenn die Herstellungskosten steigen, auch die Bezugspreise steigen müssen.

Die „Freiheit“ hat länger, als sich vielleicht vom Standpunkt einer vorsichtigen Geschäftsgebarung rechtfertigen läßt, damit gezögert, diese Konsequenz zu ziehen. Jetzt sind aber die Dinge so weit gediehen, daß es sich einfach um Sein oder Nichtsein des Blattes handelt. So üngern wir auch den einzig gangbaren Ausweg betreten, der sich unter diesen Umständen darbietet, weil er notwendigerweise auf eine erhöhte Belastung der Leser hinausläuft, so sehen wir uns gleichwohl durch den unentrinnbaren Zwang der Verhältnisse dazu genötigt. Wir erwarten von der Einsicht unserer Leser, daß sie, so schmerzhaft sie von dieser Tatsache an sich auch betroffen werden mögen, darüber nicht vergessen, daß sie länger als die Leser anderer Zeitungen von ihr verschont geblieben sind; kein Unternehmen ist aber in der Lage, auf die Dauer die enormen Zuschüsse zu tragen, die erforderlich sind, wenn die gewährten Preise hinter den Herstellungskosten zurückbleiben.

Vom 1. Dezember ab wird das Abonnement auf die „Freiheit“ 18 Mark pro Monat kosten. Das ist ein volles Drittel mehr als bisher, deutet aber bei weitem noch nicht den durch die allgemeine Teuerung verursachten Mehrbedarf. Es muß daher damit gerechnet werden, daß in absehbarer Zeit eine weitere Erhöhung des Bezugspreises notwendig werden wird, denn es ist leider durchaus unwahrscheinlich, daß eine rückläufige Bewegung oder auch nur ein Stillstand in der Entwicklung der entscheidenden Preisfaktoren eintritt. Im Straßenhandel wird die „Freiheit“ ab 1. Dezember früh 50, abends 30 und am Sonntag 60 Pfennig kosten. Auch die bürgerlichen Blätter sehen sich übrigens neuerdings zu sehr wesentlichen Preiserhöhungen genötigt, obwohl sie erst kürzlich solche vorgenommen haben. Die erhöhten Preise treten dort zum Teil sofort in Kraft.

Am Montag, den 28., wird die Geschäftsleitung der „Freiheit“ in einer Vollversammlung der Zeitungskommission über die Gründe, die die Erhöhung des „Freiheit“-Bezugs verursacht haben, sowie über die vermutliche Zukunftsgestaltung der Verhältnisse im Zeitungsweisen Bericht erstatten. Die Sitzung findet um 6 Uhr abends im Graphischen Verlagshaus (Alexandrinenstr. 44) gemeinsam mit den Mitgliedern der „Freiheit“-Propagandakommissionen der Distrikte statt.

Preiserhöhung aller Zeitungen

Die Vereinigung Großstädtischer Zeitungsverleger erläßt folgenden Aufruf:

An unsere Leser!

Die gegenwärtige außerordentliche Teuerungswelle, von der das deutsche Wirtschaftsleben erneut ergriffen worden ist und deren letzte Auswirkung im Augenblick auch nicht annähernd übersehen werden kann, macht sich in ganz besonderem Umfange im deutschen Zeitungsweisen bemerkbar. Die Gehälter und Löhne unserer Angestellten und Arbeiter mußten wieder beträchtlich erhöht werden. Das Papier verteuerte sich gegen den Friedenspreis um weitere 300 Prozent. Von tief einschneidender Wirkung ist ferner die bedeutende Erhöhung der Post- und Frachgebühren, die kein anderes Gewerbe so stark belastet wie gerade das Zeitungsweisen. Diese so überaus schwierige Lage des Zeitungs-gewerbes ist in dem für die Untersuchung dieser Frage besonders günstigen Interfraktionellen Ausschuss des Reichstages ausdrücklich anerkannt worden.

Die deutschen Zeitungsverleger haben sich daher gezwungen gesehen, ihre Bezugspreise umgehend erneut zu erhöhen, und zwar vielfach um 50 Prozent und darüber, zu erhöhen. Auch die Berliner Zeitungsverleger sind gezwungen, eine allgemeine Erhöhung ihrer Bezugspreise eintreten zu lassen, der — leider muß es gesagt werden — in absehbarer Zeit weitere folgen werden, falls die für Anfang nächsten Jahres erneut zu erwartende erhebliche Steigerung der Gehälter, Löhne, Rohmaterialien, insbesondere der Papierpreise und Postgebühren, Tatsache werden sollte.

Vereinigung Großstädtischer Zeitungsverleger.

Gelder für die Beobachtung eines Professors im Grunewald gehandelt habe. Dieser Herr hätte sehr gefährlich werden können. Staatsanwalt: Weshalb wurde der Professor beobachtet? Zeuge: Es bestand der Verdacht, daß dieser Herr mit der „Rosen Fahne“ in Verbindung stehe und dieser Zeitung Material liefere. Den Auftrag zur Beobachtung des Herrn erteilte ein Offizier der Hundertchaft.

Frau Buchholz, die nun nochmals ausgerufen wurde, teilt u. a. mit, daß ihr Mann ihr eines Abends erklärt hätte, er müsse sofort nach Königsberg fahren, um

mit einem Waggon unter falscher Deklaration Wäsche nach dem Baltikum zu bringen. Ihr Mann habe sich damals Mitgliedskarten der Deutschnationalen Volkspartei beschafft, da der Inhalt des Waggons angeblich aus deutschnationalen Flugblättern bestehen sollte. Außerdem habe ihr Mann eine größere Geldsumme erhalten, um die Bahnbeamten zu bestechen. Ein Schupobeamter erklärt, daß im November 1919 im Auftrage der Abteilung Ia eine Sipo-Abteilung zum Grenzschutz nach dem Baltikum transportiert worden sei. Von einem Geldmuggel nach dem Baltikum sei ihm jedoch nichts bekannt.

Zeugin Frau Scheitler, die Schwester des toten Buchholz, erzählt in großer Aufregung ihre Erlebnisse nach dem Tode ihres Bruders. Der Inspektor des Leichenhauhauses habe, nachdem er die Leiche eingehend untersucht hatte, ihr erklärt, daß Buchholz keinen Selbstmord begangen hätte, sondern erschossen worden sei. Leutnant Enderlein und vier Schupobeamte hätten in einem Gespräch mit ihr ebenfalls die Möglichkeit eines Mordes zugegeben. Der Bruder des Buchholz ergänzt die Aussagen seiner Schwester und teilt bezüglich des Frank-Helbing mit, daß dieser ihm erklärt habe, nicht mehr

in der Verbrecher-Hundertchaft

bleiben zu wollen. Helbing habe auf einem Zettel den Namen Hindersich geschrieben, weil er auf diesen Verdacht hatte. Auch dieser Zeuge erklärt, daß Leutnant Enderlein sich gedußert habe, daß er nicht an einen Selbstmord glaube. Der aufgerufene Zeuge Enderlein bestritt, diese Bezeichnung getan zu haben. Die beiden Zeugen bleiben jedoch mit aller Bestimmtheit bei ihrer Aussage.

Nach der Mittagspause wird unter allgemeiner Spannung der bereits gestern erwähnte Zeuge Helbing aus Breslau vernommen. Der Vorsitzende warnt den Zeugen eindringlich vor einem Meineid. Wenn er früher über den Tod von Buchholz Unwahrheiten gesagt habe, so müsse er heute die Wahrheit sagen. Bei der Personalvernehmung sagt der Zeuge aus, daß er aus der Hundertchaft ausgeschieden sei, um sich zu verbessern (Oberleutnant Mallwig hat am Vortage unter seinem Eide ausgesagt, daß Helbing aus der Hundertchaft entlassen worden sei wegen Unregelmäßigkeiten, die er sich zuschulden habe kommen lassen. D. Red.) Als der Schuß auf Buchholz, mit dem er sich kurz vorher beim Feilseur unterhalten habe, fiel, sei er noch beim Feilseur gewesen. Erren sei kurz darauf im Parterre der Kaserne herumgelaufen und habe nach einem Sanitäter gerufen, da ein Unglück passiert wäre. Wie Buchholz ums Leben gekommen sei, wisse er nicht. Hauptmann Stennes habe ihn nicht nach Obereschlesien geschickt, sondern er sei freiwillig dahingegangen. Ob er mit Angehörigen des Buchholz über den Tod desselben gesprochen habe, könne er sich nicht mehr erinnern. Bei der nunmehr folgenden Gegenüberstellung der Angehörigen des Ermordeten erkennt derselbe die Zeugen wieder und gibt



Mopsraei

BERLIN C * KÖNIGSTRASSE * SPANDAUERSTRASSE

| | | | | |
|--|--|--|---|--|
| <p>Lederwaren</p> <p>Geldscheintasche größere Form 12.75</p> <p>Portemonnaie für Hart- u. Papiergeld, mit Lederfutter 28.-</p> <p>Besuchstasche schwarz, mit Spiegel 56.-</p> <p>Damentasche schwarz mit hellem Ripofutter 78.-</p> | <p>Handschuhe</p> <p>Damenhandschuhe Leder-nachahm. m. 2 Druckknöpf., farb. u. sch. w. 17.50</p> <p>Herrenhandschuhe Leder-Nachahm. 100% 23.50</p> <p>Kinderhandschuhe Wolle, gestrickt, bunt gemustert 16.50</p> | <p>Damenkleidung</p> <p>Kleid aus reinwollenem Stoff ... 325.-</p> <p>Kleider. reinw. Trikostoff m. farb. Stickerei 498.-</p> <p>Gummi-Mantel 500.-</p> <p>Mantel aus vorzügl. reinwoll. Velours, hell oder dunkel... 950.-</p> <p>Korsette</p> <p>Korsett aus weiß. festen Stoff m. 1 Paar Strumphaltern 39.-</p> <p>Korsett aus weißem Körper m. 1 Paar Strumphaltern 70.-</p> <p>Korsett aus weißem Satindrell m. w. sch. Einlage u. 1 P. Strumphaltern 165.-</p> | <p>Wirkwaren</p> <p>Damen-Hemdchen gestrickt, Baumwolle mit langen Ärmeln... 23.50</p> <p>Kindertrikots wollgemischt, Mittelgr. 39.-</p> <p>Herren-Socken Reinwolle, stark, grau 29.50</p> <p>Kimono Reinwolle, feingestrickt..... 69.-</p> <p>Taschentücher</p> <p>Damentücher weiß Batist m. gestrickt. Ecken mit farbigen Paspelanten... 5.-</p> <p>Hoblaaum 6.50</p> <p>Herrentücher Weiß Linon, gestrickt... 6.75</p> <p>Weiß Batist m. Hoblaaum u. farb. Kanten 15.75</p> <p>Kindertücher, Weiß mit farb. Kanten 3.50</p> | <p>Kleiderstoffe</p> <p>Popeline gestreift mit kunstseidenen Effekten für Blusen u. Kleider. Mtr. 23.50</p> <p>Rockstoffe grau gemustert, im Herrenstoffgeschmack, 140cm 45.-</p> <p>Kleider- u. Kostümstoffe Reinwolle in vorzügl. Qualitäten Meter 65.- bis 250.-</p> <p>Seidenstoffe</p> <p>Blusen-seide schottisch kariert Mtr. 49.-</p> <p>Kleider-seide 4-fach gew. Mtr. 138.-</p> <p>Charmeuse farbig, vorzügl. Qualität, Mtr. 298.-</p> <p>Wachsamt gerippt Meter 78.-</p> <p>Mohär-Astrachan für Mäntel... Mtr. 195.-</p> |
|--|--|--|---|--|

Gewerkschaftliches

Methodischer Wahn Sinn

Die Lebensverhältnisse der breiten Massen des Proletariats in Deutschland werden immer drückender. Die gewerkschaftlich organisierte Arbeiter- und Angestelltenklasse, die als die kämpfende Vorhut aller Lohnempfänger bezeichnet werden muß, wendet alle Kräfte an, um dieser Misere entgegenzuarbeiten. In unsere Hände haben angestrengt zu arbeiten, um die schädlichen Wirkungen der wirtschaftspolitischen Verhältnisse, die sich an den breiten Volksmassen besonders bemerkbar machen, abzuwenden. Diese Tätigkeit erstreckt sich nach zwei Richtungen: Verschlechterungen abzuwehren und das Lohn- und Einkommen zu erhöhen ist das eine Ziel, das zweite Ziel in der Richtung, vorbeugend zu wirken, die sozialpolitische Gesetzgebung auszubauen, um den Opfern unserer Gesellschaftsordnung das größtmögliche Maß von Schutz gegen die Verelendung angedeihen zu lassen. Daneben wird versucht, etwas Ordnung in das heutige wirtschaftliche Chaos zu bringen und Arbeitsmöglichkeiten zu beschaffen. Das ist eine Titanenarbeit und gegenüber andern Ländern ist in Deutschland bereits Großes vollbracht worden, um das uns u. a. die Engländer bewundern und beneiden, wie wir in dem „Englischen Urteil über deutsche Arbeitslosenpolitik“ in Nr. 334 an dieser Stelle zeigten.

Diese Ueberlegenheit verdanken wir der Stärke unserer gewerkschaftlichen und politischen Organisationen. Die Wurzel aller Uebel, die dazu bedarf, es noch weit größerer und zusammenwirkender Kräfte als die, über die wir heute verfügen. Um aber den beiden uns gesteckten Zielen näherzukommen und unsere Erfolge zu steigern, benötigen wir auf wirtschaftlichem Gebiet notwendiger denn je unsere Gewerkschaften, die Schutz und Schirm für uns bedeuten.

Man kann in Einzelfragen über Gewerkschaftsprobleme verschiedener Meinung sein, und über das einzuschlagende Tempo usw. abweichende Ansichten vertreten. Keinen Streit darf es aber darüber geben, die Stolz- und Kampfkraft unserer Gewerkschaften in jeder Weise zu fördern und zu verfestigen. Diese ganz unproblematischen Einheitsmeinungen sind aber gewissen kommunistisch orientierten Leuten verschiedener Nuancen ein Greuel. Insbesondere sind es die sogenannten Unionisten, die in dieser Frage ihr Unweilens treiben und sich nicht scheuen, die Arbeiterschaft zu veranlassen, sich den Mit abzugeben, auf dem sie sich Ruhm und Ehre in Nr. 342 mitteilen, daß diese famosen Leute in einer Betriebsversammlung der R. A. G. in Oberschönewalde den Antrag stellten: „Heraus aus den Gewerkschaften!“

Ein noch schlimmeres Vorkommnis ist ein Konflikt innerhalb des Holzarbeiter-Verbandes mit der Branche der Ristenmacher, den wir ganz kurz bereits berührten.

Ein paar hinterlistige Leute dieser Branche glaubten, der Kachel der Welt zu sein und trieben Sonderbündnisse, gingen dazu über, die Gelder für den Verband zu sperren, bedrohten Kollegen, die dieses Spiel nicht mitmachen wollten und konnten mit Profitasymmetrie und teilten dem Verband am 17. d. M. mit, daß die Branche aus der Organisation austrete!

Diese paar Leutchen verneinen, eine Sonderexistenz führen zu können, noch dazu in einer Hilfsindustrie, die volkswirtschaftlich betrachtet, bedeutungslos ist und in der zu arbeiten es keiner besonderen Kenntnisse bedarf. Und dieser Streich wird zu einer Zeit unternommen, in der die Geschlossenheit aller notwendiger denn je ist und die erst kürzlich beim großen Holzarbeiterstreik, den wir abschließend ausführlich besprachen, so grandios in Erscheinung trat und zum Siege führte.

„Revolutionsäre“ Konfusionsräte werden es bald am eigenen Leibe verspüren, was sie da angerichtet haben. Ein solches Treiben, ganz gleich unter welcher Flagge es folgt, muß als methodischer Wahn Sinn in des Wortes ursprünglicher Bedeutung bezeichnet werden, das mit aller gebotenen Kraft zu bekämpfen und abzuwehren Aufgabe eines jeden Einsichtigen sein muß. In dem großen Heerband der Gewerkschaften marschiert. Selbst die „Rote Fahne“ erklärt, daß sie diese Sondergründung für verfehlt hält und fordert ihre Genossen auf, „diese Zerstückelungsaktion nicht mitzumachen“.

Wir hoffen, daß dies keine platonische Stellungnahme, sondern durchaus ernstgemeint ist.

Betriebsräte!

Die Gruppenversammlungen der freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale finden statt:

Gruppe 8 (Landwirtschaft und Gärtnerei), Gruppe 9 (Lebens- und Genussmittel) und Gruppe 13 (Berkehr): Montag, den 28. November 1921, abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelsteil 25, Saal 4.

Gruppe 11 (Metallindustrie): Mittwoch, den 30. November 1921, abends 6 Uhr, Germania-Bräuhalle, Berlin, Chausseest. 110.

Gruppe 4 (Chemische Industrie) und Gruppe 6 (Graphisches Gewerbe): Donnerstag, den 1. Dezember 1921, nachm. 3 Uhr, Berliner Vereins- und Konzertsaal (Wilmshallen), Kommandantenstr. 56/57.

Tagesordnung: 1. Die Lohn- und Gehaltssteigerungen und ihre Rückwirkungen auf das Wirtschaftsleben; 2. Disziplin; 3. Verschiedenes. Die fortgesetzte Entwertung unseres Geldes, die hierdurch bedingten Preissteigerungen, sowie die daraus entstehende fortgesetzte Verschlechterung der Lebenshaltung der Arbeiter und Angestellten macht es notwendig, daß die Betriebsräte grundsätzlich und eingehend zu allen Fragen der Lohnpolitik, insbesondere der Lohnungsart, unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen und sozialen Notwendigkeiten Stellung nehmen.

In Anbetracht der außerordentlich wichtigen Fragen fordern wir sämtliche freigewerkschaftlich organisierten Kollegen auf, ihre Betriebsräte daraufhin zu kontrollieren, ob sie auch in den Gruppenversammlungen anwesend waren, ferner daß sie dafür sorgen, daß ihnen die Betriebsräte in den Betriebsversammlungen eingehenden Bericht erstatten.

Freigewerkschaftliche Betriebsrätezentrale für den Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin.

Nebenämter der Schutzpolizeibeamten

Die für die preussischen Staatsbeamten geltenden Bestimmungen über die Übernahme von Nebenämtern und Nebenbeschäftigungen gelten auch für die Beamten der Schutzpolizei. Demgemäß bedarf die Übernahme ein Nebenamt und einer Nebenbeschäftigung, die mit fortlaufenden Vergütungen verbunden sind, durch den Beamten selbst der Genehmigung des Regierungspräsidenten bzw. des Oberpräsidenten. Ferner bedarf die Führung eines Gewerbebetriebs durch den Beamten oder dessen Ehefrau oder hausangehörige Kinder der Erlaubnis der vorgesetzten Dienstbehörde. Diese Genehmigung wird nur erteilt, wenn nachteilige Wirkungen auf den Dienst nicht zu erwarten sind. Für die Führung von Gast- und Schankwirtschaften wird sie überhaupt nicht, für die eines offenen Ladengeschäfts im allgemeinen nicht erteilt. Die Beamten dürfen auch nicht ohne Genehmigung des Ministers des Innern Bestands, Aufsichtsrats, oder Verwaltungsausschusses juristischer Personen sein. Für die Übernahme eines Nebenamtes als Gewerbebetrieb sich darstellenden Nebenberufes der Ehefrau eines Schutzpolizeibeamten ist dagegen, sofern dadurch nicht die Wahrung und das Ansehen des Beamten irgendwie beeinträchtigt wird, eine Genehmigung nicht erforderlich.

Vollversammlung der kommunalen Betriebsräte. Am Freitag abend fand in der Stadthalle eine sehr gut besuchte Vollversammlung der kommunalen Betriebsräte statt. Genosse Seger sprach über die wirtschaftliche und politische Lage. Er erörterte eingehend die Ursachen der Goldentwertung und behandelte die wirtschaftlichen und politischen Maßnahmen, die die Arbeiterklasse ergreifen muß, um die Erfassung der Goldwerte zu erreichen. Die Versammlung beschloß, von einer Diskussion abzusehen, da der Referent durchaus im Sinne der Versammlung gesprochen hatte. Es wurde einstimmig eine Resolution angenommen, in der die Gewerkschaften aufgefordert werden, eine Aktion für den Preisabbau einzuleiten. Im weiteren Verlaufe der Tagesordnung beschäftigte sich die Versammlung mit den drohenden Massenentlassungen in den städtischen Betrieben und erhob entschiedenen Protest dagegen.

Geldkrankhölzer. Die Branchenversammlung der Geldkrankhölzer nahm am 20. November 1921 Stellung zu dem laufenden Lohnvertrag. Die seit dem Anfang November einsetzende außerordentliche Teuerung aller Lebens- und Bedarfsartikel zwingt auch die Arbeiter dieser Branche, eine wesentliche Erhöhung der bestehenden Löhne zu fordern. Die Versammlung beauftragt den Deutschen Metallarbeiter-Verband, sofort an die Arbeitgeber dieser Industrie heranzutreten und Verhandlungen zwecks Erhöhung der Stundenlöhne zu verlangen. Als Delegierten zur Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes wurden die Kollegen H. Kuhlman und A. Berjke gewählt. Am Schluß der Versammlung beteiligten sich alle Kollegen an der Teilerhebung für die Angehörigen der politischen Geangenen.

Kaufkempner! Die Stundenlöhne werden vom 21. 11. 21 bis einschließlich 9. 12. 21 um 1,20 M. und vom 10. 12. 21 bis 9. 1. 22 um eine weitere Mark erhöht. Der Stundenlohn beträgt also für den Rohleger und Kempner vom 21. 11. 21 bis 9. 12. 21 9 M., resp. vom 10. 12. 21 bis 9. 1. 22 10 M. Die übrigen Lohnsätze in den Tarifverträgen erhöhen sich entsprechend. Kempnerjungegehilfen erhalten wie bisher 1,35 M. bzw. 95 Pf. weniger als Altgehilfen. Die Landzulage beträgt 27 M. bei einem Aufenthalt über 6 Tage und 32 M. bei einem Aufenthalt bis 6 Tage und für die Zeit vom 10. 12. 21 bis 9. 1. 22 30 M. bei einem Aufenthalt über 6 Tage und 35 M. bei einem Aufenthalt bis 6 Tage. Die sogenannte kleine Landzulage beträgt vom 21. 11. 21 bis 9. 12. 21 8,50 M. und vom 10. 12. 21 bis 9. 1. 22 10 M. Die Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

Forderungen der Bergmann-Elektrizitäts-Werke-Belegschaft. Mittwoch, den 23. November, fand eine Betriebsversammlung statt, in der eine Wirtschaftsbeihilfe oder Erhöhung der Grundgehälter verlangt und die Stellungnahme der S. B. M. J. verurteilt wurde. Die Versammelten gelobten, hinter den Forderungen der Gewerkschaften zu stehen und verpflichteten sich, jede Ueberarbeit abzulehnen und den Arbeitslosen die Möglichkeit zur Beschäftigung zu geben.

Stand der Kassenhilfsaktion am 15. Oktober 1921. Die in Nr. 88 des Gewerkschaftlichen Nachrichtenblattes unter dieser Ueberschrift gedruckte Zusammenstellung enthält einen Druckfehler. Bei Deutschland muß es anstatt 2 755 079,70 heißen: 3 755 079,70, also 1 Million mehr.

Zentralverband der Glaser, Zahlstelle Berlin. Durch Vereinbarung mit dem Verband der Glaser-Inhaber Groß-Berlins regelt sich der Lohn wie folgt: Vom 21. November ab 12 M., vom 28. November ab 13 M., vom 12. Dezember ab 14 M. und vom 19. Dezember ab 15 M. pro Stunde. Die Kollegen haben die Pflicht, wo diese Löhne nicht gezahlt werden, dies sofort auf dem Bureau zu melden. Die Ortsverwaltung.

Die „rote Fischerflotte“ in Belgien. Die Reederei des belgischen Transportarbeiterverbandes in Ostende hat in England noch drei große Fischertrawler angekauft, so daß sie nunmehr über fünf verfügt.

Der Kongreß des I. G. B. Der nächste Kongreß des Internationalen Gewerkschaftsbundes wurde für den 20. April 1922 in Rom einberufen.

GARDINEN

von 1 bis 12 Meter 0,75, 1,25, 1,50, 2,00 bis 12 Meter 1,50 bis 2,00, 2,50 bis 3,00, 3,50 bis 4,00, 4,50 bis 5,00, 5,50 bis 6,00, 6,50 bis 7,00, 7,50 bis 8,00, 8,50 bis 9,00, 9,50 bis 10,00, 10,50 bis 11,00, 11,50 bis 12,00. Gardinenhaus Zimet am Schloß Schloßhauer Köpenicker Str. 102 und Wichoristr. 6



Nur 1/4 Stündchen

kochen, dann möglichst in warmem Wasser gut spülen, und die Wäsche ist schneeweiß, wie auf dem Rasen gebleicht.

Ohne Reiben und Bürsten, daher größte Schonung des Gewebes. Alleinstufige Fabrikanten HENKEL & CIE., DÜSSELDORF, auch der Marken 'Henkel's Wash- und Bleich-Soda'

Persil

d. selbsttätige Waschmittel!

Preis das Paket Mk. 7.-

Volksbekleidungs B. V. G. Gesellschaft m. b. H.

Berlin N. 24 Friedrichstrasse Nr. 110-112 Verkauf im 2. Stock / Fahrstuhlbenutzung * Gegenüber der Karlstraße * Kein Laden / Geöffnet von 9 1/2 bis 7 Uhr

Besondere Weihnachts-Angebote!!

Damen-Schlüpfer (wie Abbildung) weite, moderne Form, warmer molliger Flauch, mit angewebtem Futter, reine Wolle. 675.-

Herren-Schlüpfer (wie Abbildung) neuzeitige Form, bräunlich mellerter, weicher, haltbarer Flauch 875.-

DAMEN-KLEIDUNG

Affenhaut-Mäntel reich garniert, streng moderner Kimonoschnitt, in verschiedenen Farben. 975.-

Ein Posten Röcke in kleidsamer Machart, aus modern gerüsteten und einfarbigen Wollstoffen 85.-

Flanell-Blusen Sportform 58.-

Seiden-Blusen in verschiedenen Farben, kleidsame Form 143.-

Reinwoll. Kammgarn-Cheviot blau und schwarz, doppeltbreit, Meter Mk. 59.50 49.75

Seide für Bal- und Abendkleid, Messaline und Paillette Mk. 87.- 48.- 44.-



Die Schau

Von Maxim Gorli

Ueber die Dorfstraße, zwischen weißen Behmhütten, zieht mit wildem Geschrei ein seltsamer Zug.

Es kommt eine Volksmenge daher, dicht gedrängt und langsam, — sie bewegt sich wie eine große Welle und voran schreitet ein Pferdchen, ein drollig struppiges Pferdchen, das seinen Kopf traurig hängen läßt. Wenn es einen der Vorderfüße erhebt, schüttelt es so kräftig den Kopf, als wolle es mit dem zottigen Waul den Straßenstaub aufwühlen; und wenn es mit dem Hinterfuß austritt, sinkt sein Rücken so tief zur Erde herab, daß es scheint, als müßte es jeden Augenblick hinfallen.

An dem Vorderteil des Wagens sind die Hände einer kleinen, vollständig nackten Frau, fast noch eines Mädchens, mit Schnüren festgebunden. Ihr Gang ist eigentümlich, seitwärts ausschreitend, ihr Kopf mit dem verwirrten, dunkelblonden Haar ist emporgehoben und ein wenig zurückgeworfen; die Augen sind weit geöffnet und schauen mit stumpfem, gedankenlosem Blick, darin nichts Menschliches liegt in die unbegrenzte Ferne. . . . Ihr ganzer Körper ist mit gelben und braunen, runden und länglichen Flecken bedeckt. Die linke, mädchenhafte Brust ist zerhackt, das Blut fließt aus ihr herab. . . . es hat einen Purpurstreifen gebildet, der sich über den Leib und weiter hinab über das linke Bein bis zum Knie zieht; am Schenkel wird es von einer braunen Staubkruste verdeckt. Es scheint, als hätte man von dem Körper dieser Frau einen schmalen, langen Hautstreifen abgerissen; man muß auf ihren Leib lange mit einem Stück Holz geschlagen haben, denn er ist entsetzlich geschwollen und ganz blau.

Die zierlichen, kleinen Füße dieser Frau berühren kaum den Staub, — der Körper ist furchbar verdogen und schwankt hin und her. Es ist schier unbegreiflich, weshalb sie sich noch auf diesen Füßen hält, die ebenfalls mit blauen Flecken bedeckt sind; weshalb sie nicht auf die Erde fällt, und, mit den festgebundenen Händen am Wagen hängend, sich über den staubigen und warmen Boden schleifen läßt. . . .

Auf dem Wagen aber steht ein hochgewachsener Bauer in weißem Kittel und schwarzer Mütze unter der ein Strähnen hellroten Haars hervorsticht, das über seine Stirn fällt. In der einen Hand hält er die Zügel, in der anderen — die Peitsche und schlägt damit ganz regelmäßig einmal über den Rücken des Pferdes und einmal über den Körper der kleinen Frau, die ohnehin kaum mehr an ein menschliches Wesen erinnert. Die Augen des Bauers sind blutunterlaufen und erglänzen in böser Genugtuung. Das rote Haar hebt ihre grünliche Farbe hervor. Die bis über die Ellbogen zurückgeschlagenen Hemdärmel enthüllen die muskelstarken, ebenfalls dicht mit rotem Haar bewachsenen Arme; sein Mund ist geöffnet und zeigt eine Reihe weißer Zähne. Von Zeit zu Zeit kreist der Bauer heiser auf:

„Vorwärts. . . He—eze! He! A—nul! Thal! Endlich. . .“

„Vorwärts. . . He—eze! He! A—nul! Thal! Endlich. . .“
Sinter dem Wagen und der daran festgebundenen Frau drängt die Menge, und auch sie brüllt, heult, kreischt, lacht, summt. . . und reizt. . . halbwildliche Jungen rennen nach. . . . Zweifeln läuft einer von ihnen vor und schreit der Frau schamlose Worte ins Gesicht. Dann überläßt das in der Menge ausbrechende Gelächter alle übrigen Geräusche und den scharfen Peitschenknall in der Luft. . . . Es folgen die Frauen mit erregten Gesichtern und vor Vergnügen glänzenden Augen. . . . Es folgen Männer und rufen dem im Wagen Stehenden etwas Widerwärtiges zu. . . . Er dreht sich zu ihnen um und lacht mit weitgeöffnetem Mund. Ein Peitschenhieb über den Körper der Frau. . . . Die dünne, lange Peitsche schlingt sich um ihren Rücken und hat sich unter dem Arm verwickelt. . . . Da reizt der Bauer die Peitsche fest an sich; die Frau schreit jäh auf, stürzt rücklings um und fällt mit dem Rücken auf die Erde. . . . Viele aus der Menge springen zu ihr heran, heugen sich über sie und machen sie unsichtbar, indem sie sich vor sie hinstellen.

Das Pferd bleibt stehen, aber nach einer Minute geht es weiter, und das wundgeschlagene Weib tritt wie vorher neben dem

Wagen her. Und das elende Pferd schüttelt, langsam vorwärts schreitend, fortwährend mit seinem Kopf, als wolle es sagen:

„Wie niederträchtig es ist, ein Vieh zu sein! Man kann gezwungen werden, an jeder Gemeinheit teilzunehmen. . .“

Und der Himmel, der südliche Himmel ist ganz rein, — keine Wolke ist zu sehen, die Sommer Sonne überzieht alles mit ihren heißen Strahlen.

Ich habe hier kein Gleichnis eines Propheten niedergeschrieben, der verfolgt, gequält wird und in seinem Lande nichts gilt — nein, leider nicht! So strafen die Männer ihre Frauen für Ehebruch; das ist ein Sittenbild, ein Brauch, — und ich sah dies im Jahre 1891 am 15. Juli im Dorje Kandiborka des Chersonischen Gouvernements. Das wird — eine Schau genannt.

Ein Werk der Berliner Arbeiter

Als häßlicher Band von 190 Seiten Umfang liegt das neue Bücherverzeichnis der Bibliothek der Arbeiter-Bildungsschule vor uns. Das Buch verkörpert eine Leistung. Nicht die Herstellung des Kataloges meinen wir damit, obwohl auch sie ein achtbares Stück Arbeit darstellt. Die Leistung liegt in der Häufung und Haltung des Schatzes, dessen einzelnen Stücke nun auf den Blättern des Kataloges verzeichnet stehen.

Berliner Arbeiter haben den Bücherhaufen zusammengetragen. Berliner Arbeiter waren es, die vor mehr als 30 Jahren die Arbeiter-Bildungsschule gründeten. Ihre wechselvolle Geschichte wird im Vorwort zu dem neuen Katalog in knapper Darstellung beschrieben. Diese Geschichte ist auch die Geschichte der Bibliothek, nur daß die historischen Wechselläufe, wie Krieg und Parteispaltung, Revolution und wiederholte Spaltung, auf den empfindlichsten Besitz der Schule, auf die Bibliothek viel nachteiliger einwirkten, als auf die anderen Einrichtungen dieses zentralen Bildungsinstituts der Berliner sozialistischen Arbeiterschaft. Oft mußten die Bibliothek und ihr Verwalter unter den primitivsten Umständen haften und ihre Aufgabe erfüllen, aber immer stand die hohe die Fügung des Zufalles, nie versiegte der Wille zum Durchhalten und zum Wiederaufbau. Und die Veröffentlichung des Katalogs, die nun erfolgen konnte, nachdem die Bibliothek seit 1914 ohne gedrucktes Verzeichnis auskommen und sich dürftig mit dem im Ausleihraum aufgestellten Zettelkatalog behelfen mußte — die Veröffentlichung des Katalogs zeigt, daß die Schule und ihre Bibliothek nun wieder auf festen Füßen stehen.

Die Bibliothek enthält 8000 Bände. Stück für Stück ist der Bestand zusammengetragen worden. Nie standen größere Mittel für umfassende Anschaffungen zur Verfügung. Dennoch ist die Bibliothek nicht planlos buntes Stückerzeug, sondern wohlüberdachtes Ganzes. Nach dem Bedürfnis der Schule sind die Anschaffungen erfolgt. Alle Werke, die der wissenschaftlichen Tätigkeit in den Kursen der Schule all die Jahre hindurch zugrundeliegen, sind in der Bücherlei vertreten. Und wie von Jahr zu Jahr systematisch Kurs an Kurs sich reichte, so wuchs in den Bücherregalen Glied an Glied. Das Buch und der Vortrag, die stille ernste Arbeit im Arbeiterheim und das die Dunkel lähmende Wort des Lehrers, das Lesen und Lesenlernen dabei und die Übung im eigenen mündlichen Ausdruck, gepflegt in den Wechselgesprächen zwischen Lehrern und Hörern — dieses waren für die, die es ernst meinen mit dem Streben nach Wissen, stets die beiden Pfeiler, auf denen das Werk der Arbeiterbildungsschule ruhte. In dieser Arbeit wuchs unsere Bibliothek zu dem, was sie heute ist. Sie wuchs und stellt sich uns dar als die geistige Schöpfung der Arbeiter und Arbeiterinnen, die der Schule in den Jahren ihres Kampfes und Werdens die Treue hielten. Als ihr Sachwalter hütet der Genosse Salzer, der Bibliothekar der Schule, nun seit Jahrzehnten den Besitz der Berliner Arbeiterschaft. Seiner Arbeit und Opferbereitschaft ist es vornehmlich zu danken, daß der Katalog jetzt erscheinen kann. Er ist zu dem geringen Preise von 4 M. beim Bibliothekar zu erwerben.

Die Eigenart der Bibliothek wird begründet durch die Eigenart der Schule. Beide sind eins. Es wäre leicht gewesen, den Bestand an Büchern auf eine weit höhere Zahl zu treiben, aber das ist stets und mit Absicht unterlassen worden. Die Bibliothek soll vor allem jene Wissenszweige pflegen, die den Lehrplan der Schule bilden. Sie strebt daher nach Vollständigkeit, vor allem auf den Gebieten der sozialistischen, sozial- und arbeitswissenschaftlichen, ökonomischen und historischen Literatur. Sie erreicht ihr vornehmstes Ziel, indem sie vor allem die Schriften des Sozialismus sammelt und die Werke unserer großen Meister des Sozialismus und ihrer Schüler zur Verfügung der Arbeiterschaft hält. Sie enthält auch Schriften aus anderen Wissensgebieten und Schriften der schönen Literatur, aber sie erstrebt hierin nicht die Vollständigkeit weder einer wissenschaftlichen Studienbibliothek noch einer Volksbibliothek, sondern beschränkt sich hier auf die Sammlung des wesentlichen. So ist die Bibliothek auch ihrem Inhalte nach eine Schöpfung von eigenem Wuchs, gestaltet aus dem Geiste des Sozialismus und der Arbeiterschaft.

Die Berliner Arbeiterschaft kann mit Stolz auf dieses Werk blicken. Das Erscheinen des Kataloges ist das Symbol ihrer Leistung. Das neue Bücherverzeichnis wird das Band, das den Arbeiter und die Arbeiterin mit ihrer Bücherlei verknüpft, befestigt. In seiner überrücklichen Anordnung ist er unser Ratgeber und Wegweiser auf den Pfaden geistigen Schaffens, die wir mit emsigem Fleiß gehen müssen, wenn wir die Arbeiterklasse zur Macht führen wollen. Der Katalog gehört in jedes Arbeiterheim.

R. S.

Aphorismen von Hofmannsthal. Im Inselromanach 1922 finden wir u. a. folgende Aphorismen des Wiener Dichters: Es gehört zum glückseligsten Schicksal eines Volkes, eine einzige große und rhythmisch waltende Naturgewalt in der Mitte des Daseins zu haben. Das war für die alten Ägypter der Nil. Sie empfingen den Segen und das Brot, die Rechtsbelehrung und den Lebensrhythmus aus einer milden Hand. Darum waren sie so leiter-ernst wie niemand nach ihnen und überwandten Tod und Leben eins durchs andere.

Die Zeiten folgen einander. Was für die eine eine Errungenschaft war, ist für die andere ein schales Selbstverständliches. Wer seine Zeit nicht erfährt, hat verpielt.

Wenn die Deutschen jetzt das Geistige in die Politik einbeziehen wollen, so müssen sie vor allem lernen, zwei Begriffe scharf zu trennen, deren einer sich aufs Nächste, der andere aufs Höchste bezieht: Zweck und Ziel.

Im Gesicht von Kindern ist ein Lehtes, das nur das Auge des Vaters oder der Mutter sieht.

Die Scham, von seinen eigenen Verhältnissen zu niemand reden zu wollen, ist eine Selbstverwahrung des Gemütes: in jedes Geständnis, in jede Darstellung schließt sich leicht die Verzerrung ein, und aus dem Jartesten, Unsagbaren wird im Handumdrehen das Gemeine.

Die „Volkskunst“ hat sich die dankenswerte Aufgabe gestellt, an den Sonntagnachmittagen für billiges Geld die höchsten künstlerischen Genüsse zu gewähren. Die breite Masse der Interessierten quittiert das Unternehmen durch glänzende Abwesenheit. Der Sonntag am 13. November war einer stimmungsvollen Volkstheater gewidmet. Einem wunderbaren Trio folgte eine äußerst eindrucksvolle biographische Beleuchtung des Dorschen Tolstoi durch Max Hochdorf und ein auf reifster künstlerischer Höhe stehender Vortrag Hartaus aus den Werken Tolstois. Die Feier beschloßen sehr sinnig gespielte kurze Musikstücke russischer Komponisten. Am Sonntag, den 20. November, brachte das Blüthner-Orchester unter Heins Ungers Leitung das Orchester- und Solfeggioskonzert, Kammermusiknachmittage und Gedächtniskonzerte vornehmen, die immer Sonntagnachmittags um 4 Uhr stattfinden. Der billigste Platz kostet 3 Mark. Betriebe, Vereine, Gewerkschaften erhalten Ermäßigung. Es ist nur zu bedauern, daß die Arbeiterschaft und insbesondere die Jugend sich diese ersten Kunstgenüsse entgehen läßt.

L. R.

Der einzige Weg

Roman von Paul Reboux

Uebersetzt von Rudolf Herl. Copyright 1921 by Gustav Fischer & Co. G. m. b. H., Stuttgart.

(27. Fortsetzung.)

13.

Zweierlei Arten zu lieben.

„Wie wäre es, wenn ich den alten Zoologischen Garten einmal besuchte, um Jugenderinnerungen aufzuzuschreiben?“ überlegte Réal, als ihn seine Geschäfte einmal in jene Gegend führten.

Als er aber dieses größte zoologische Institut Frankreichs betrat, fühlte er sich ordentlich erniedrigt. Diese verschmutzten und baufälligen Gebäude, dieser geborstene und mit Papier gefüllte Fußboden, dieses räudige Wild, das in Einzelzellen gesperrt war, diese tuberkulösen Affen, die sich in einer Ecke des Käfigs verkrochen, diese heimwehkranken Wiederläufer, die im Schmutze wühlten. . . .

Reiseerinnerungen tauchten auf. Berlin, Neapel, Rom, Antwerpen. . . . „Wie traurig! Wir haben da eine unvergleichliche Anlage. Der gute Wille der leitenden Beamten steht außer Frage. Aber unsere Knauerigkeit und unsere Trägheit haben es soweit gebracht, daß dieser Garten, der ein Schmutz von Paris sein könnte, dessen Schande ist.“

Am Ausgang traf er auf dem Kai Walter Jacobi in Gesellschaft eines hochgewachsenen Mannes, der einen braunen Filzhut trug. Jacobi schaute mit seinen mageren Armen und neigte den Kopf auf seine schiefe Schulter, um sein buschiges Fanatikerge Gesicht seinem Begleiter zuzuwenden.

Das Gespräch nahm ihn so in Anspruch, daß er Réal erst im letzten Augenblick erkannte.

„Du, alter Junge? Was treibst du dich denn hier herum?“

Dann stellte er vor:

„Herr Julius Duclair. . . Herr Jacques Réal, den Sie natürlich kennen? Herr Duclair,“ fuhr Jacobi fort, „ist ein Industrieller des neuen Kurles. Er hat seine Arbeiter an dem Errögnisse seiner Fabrik beteiligt. Er hat ihnen Aktien überwiesen, und sie beziehen Dividenden. Die Ergebnisse sind glänzend. Denk mal, reiche Arbeiter, arbeitende Rentner, ist das nicht die Formel für den sozialen Ausgleich?“

Julius Duclair war ein großer glattrasierter höhlwängiger Mann mit glänzenden Augen. Bescheiden nahm er Jacobis heißere Lobrede entgegen.

Dieser fuhr fort: „Wir waren eben bei einem seltsamen Gespräch. Duclair behauptet. . . . Wissen Sie was, lieber Freund, setzen Sie selbst Ihre Ansichten auseinander. Ich bin neugierig, wie sich Réal dazu stellen wird.“

Julius Duclair begann sehr ruhig:

„Die Wahrheit meiner Behauptungen ist sehr einleuchtend. Ich sagte, daß die Absichten des deutschen Generalstabs und der kleinen Gruppe, die damals das Kaiserreich regierte, einem anderen Zeitalter angehörten und zum Untergang führen mußten. Ich sagte, daß der Eroberungskrieg aus der Zeit stammt, in der das Getreide der einzige Reichtum war. Damals mußten die Völker eine Bauernpolitik treiben, weil sie von häuslicher Habgier gestachelt waren. Jeder mußte sein Stückchen Erde verteidigen, weil aus der Abtretung eine Neuerteilung geworden wäre. Aber der Industrialismus hat die wirtschaftlichen Grundbedingungen geändert. Die internationalen Bedürfnisse gehen Hand in Hand. Ein anderes Land zugrunde richten, das heißt sich selbst schwächen. Ein anderes kräftigen, das heißt selbst reicher werden. Ein Volk, das sich ausbreiten will, hat vielerlei Mittel zur Verfügung: Es kann das Nachbarland ausnützen, indem es den wechselseitigen Handel erhöht, den Durchgangsverkehr vervielfacht, die Straßen verbessert, Fabriken gründet, Häfen anlegt. Das ist eine Folge der Ueberlegenheit, die Handel und Industrie im Verkehr der Völker erreicht haben.“

Jacobi stimmte bei.

Réal dachte ebenso. Er bemerkte:

„Es ist recht schade, daß die Deutschen nicht von dieser Wahrheit überzeugt waren, als sie unsere Kohlenbergwerke im Norden zerstörten.“

„Sie haben da eine Sinnlosigkeit begangen. Am meisten haben sie sich selbst geschadet. Für die deutschen Rentner, welche Aktien dieser Bergwerke besaßen, war der Verlust schwer. Im übrigen muß ich wiederholen, daß der Krieg schon grundsätzlich töricht ist. Ein Feldzug ist heute unzeitgemäß. Er macht sich nicht bezahlt. Wir haben es erlebt, hauptsächlich merken wir es uns. Der Angriff wie die Verteidigung ist für jedes Land von Uebel.“

„Die Verteidigung?“ fragte Réal verblüfft.

„Natürlich, die Verteidigung. Leider haben die Völker noch nicht umgelernt. Beim Anblick einer fremden Uniform verlieren sie den Kopf. Sie führen selbst die Verwüstung ihres Vaterlandes herbei, anstatt im Gegenteil alles für seine Hebung zu tun.“

Réal hatte große Lust, zu widersprechen. Aber er bezwang sich.

„Wir haben vier Jahre auf unserem eigenen Gebiet im Norden gekämpft. Was für Vorteile hat das dem Norden gebracht, von dem nur noch Trümmer stehen, oder dem ganzen Vaterlande? Sie sehen ja, wie weit es alle gebracht haben, wir Verbündeten und die Zentralmächte. Mit Ausnahme einiger tausend niederträchtiger Profitjäger ist niemand glücklich. Ich frage nochmals, wem hat diese blutdürstige Verteidigung gedient? Und wie kann eine Unsumme persönlicher Unglücks allgemeines Glück herbeiführen?“

Diesmal widersprach Réal mit Schärfe:

„Erlauben Sie! Schließlich haben wir doch, Gott sei Dank, das eine erreicht, daß wir nicht deutsch geworden sind!“

Walter Jacobi betrachtete beide Sprecher mit seinem reckenden Blick. Duclair sprach weiter:

„Haben Sie niemals darüber nachgedacht, Herr Réal, wie sich alles ohne die Marneeschlacht entwickelt hätte?“

Schneidend lächelte er zurück:

„Ich bitte Sie, überzeugt zu sein, daß ich während der ersten acht Septembertage 1914 darüber nachgedacht habe. Das hat mir völlig genügt!“

Duclair fühlte den gereizten Ton dieser Antwort. Aber er war nicht verletzt. Er war eben ein Theoretiker ohne Leidenschaft.

„Ich möchte Ihnen durchaus nichts sagen, was Sie peinlich berühren könnte. . . .“

Réal hatte sich gefaßt und seine feindselige Regung unterdrückt. Er bat Duclair, fortzufahren.

„Ich frage Sie, Herr Réal, ob Sie sich darüber klar waren, was ohne die Marneeschlacht geschehen wäre?“

„Mein Gott, das ist sehr einfach. Die Deutschen hätten alles zerstört und hätten uns eine ungeheure Kriegsschädigung auferlegt. Wir alle wären von unserem Grund und Boden verjagt worden. . . .“

Der andere unterbrach ihn:

„Nur nicht so schnell! Erlauben Sie mir die Bemerkung, daß Sie denn doch etwas Gespensier sehen. Wenn ein Herr vorrückt, ohne daß man sich ihm widersetzt, wird es sich hüten, Güter zu vernichten, die ihm selbst später nützlich sein könnten. Es wird Brücken, Fabrikantagen, Scheunen, Wohnhäuser hübsch in Ruhe lassen. Alles Unglück stammt nur vom Widerstand. Da kommt dann die ganze Wildheit zum Ausbruch: die verwüsteten Felder, die brennenden Dörfer, die Plünderungen, die Megeleien, kurz, die Kriegsgreuel. . . .“

(Fortsetzung folgt.)



Morgenrock
antrikostig, elegante Verarbeitung, wie Abbild. 250⁰⁰
Morgenrock
Wollflaus, gross, seidener Schalfragen u. Aufschläge 490⁰⁰



Morgenrock
in Flausch, Schalfragen u. Aermel, wie Abbildung 295⁰⁰
Morgenrock
aus Irikostig, Geisform 225⁰⁰

Schürzen
Tee-Schürze in Trägern, schöne Eis- und Ansatzbänder... 30⁵⁰
Tee-Schürze in Trägern, reiche Eis- und Ansatzbänder... 37⁵⁰
Wiener Form mit Trägern, Balist, mit reicher Stickereigarnierung 39⁵⁰
Wiener Form mit Trägern, bedruckter Nelkone, reich garniert... 37⁵⁰
Wiener Form mit Trägern, bunt gemusterter Stoff, hübsch garniert 46⁵⁰

Parfümerien
Köln.-Wasser 1/2 Fl. 1/2 Fl. 70% Alkohol... 12⁵⁰ 20⁰⁰
Mundwasser 1/2 Fl. 1/2 Fl. Eukalyptus... 8⁰⁰ 12⁵⁰
Familienseife Marke „Herta“ fein parfümiert, grosse Stücke 11⁰⁰ 12⁵⁰
Kopfbürsten... 9⁵⁰
Handbürsten doppelt... 2²⁵

„Orient“ 25 Bogen und 25 Umschläge, schönes Format, mit Silberfäden... 17⁵⁰
„Saison“ 25 Bogen und 25 Umschläge, Damenformat, wie Abbild. 17⁵⁰
„Asta“ 25 Bogen u. 25 Umschl., elegantes Damenpapier... 26⁵⁰

Damen-Wäsche
Hemden jeder Stoff, mit Stickerei... 45⁰⁰
Nachthemden halbjure, mit schöner Stickerei... 95⁰⁰
Prinzessröcke gelitzende Form, mit breiter Stickerei 95⁰⁰
Hemdosen mit breiter Stickereigarnierung... 125⁰⁰
Untertaillen reich garniert... 29⁵⁰ 49⁵⁰

Lederwaren
Besuchstaschen schwarz und farbig, edel Leder... 29⁷⁵
Scheinfaschen 18⁵⁰ 24⁷⁵
Geldtaschen für Damen, fecht gearbeitet, edel Leder... 9⁷⁵ 17⁵⁰

**Der deutschen Hausfrau
„Christbaum und
Ihr Weihnachtsgebäck“**
zeigt der Berliner Hausfrauen-Verein und der Hausfrauen-Verein Nord-Ost vom 29. November bis 6. Dezember. Geöffnet von 10 bis 6 Uhr nur
ALEXANDER-PLATZ

Weisswaren
Schalkragen gestickter Baist, mit Spitze... 9⁷⁵
Schalkragen Baist, mit Füllspitze... 15⁰⁰
Untertaillen weicher Wa. chie-baist, mit Valencienn-Spize u. Einsatz 45⁰⁰
Morgenhauben aus gesticktem Baist, reich garniert... 19⁵⁰
Waschtüll in vielen Farben... Meier 26⁰⁰

Galanteriewaren
Rauchservice 4 teilig, mit Tablet, rein Messing, poliert... 49⁵⁰
Brotkorb Metall, stark versilbert, länglich moderne Form, ca. 33 cm lang... 42⁵⁰
Rauchfächer aus Eisen, ca. 70 cm hoch... 45⁰⁰
Schreibzeuggarnitur Steilig, deutscher Marmor, Grösse des Schreibzeugs ca. 15x22 cm, komplett 65⁰⁰

Brotkörbe vernickelt, mit bunter Steinzeileinlage 17⁵⁰
Tabletts vernickelt, mit bunter Steinzeileinlage 25⁷⁵
Kakeskasten Steingut, mit vernickeltem Deckel... 32⁵⁰

LEIPZIGER STRASSE

FRANKFURTER ALLEE

HERMANN TIETZ

Schmidt & Wehner Lack- und Farbengroßhandlung

Berlin N 37, Fehrbellner Straße 24 :: Telephon: Humboldt 1554

Wir offerieren freibleibend: Schellack, Leim, Schlemmkreide, Malerleime, Klebkleime, Gips, Zement, Leinölfirnis, französischen Terpentin, Terpentin-Erfas, Benzol, sämtliche Öle, Schleif- und Polier-Öle, Nutzlacke, Schilderlacke, Fußbodenlacke sowie sämtliche Materialien für Maler, Tischler und angrenzenden Branchen im Verkauf.

Soeben erschienen!

Als Heft 10 der Flugschriften der Kommunistischen Internationale
E. Varga

Steuerfragen u. Steuerpolitik

Inhalt: Steuern und Gesellschaftsformen. / Die Grundbegriffe der Steuerlehre. / Die Frage der Abwälzbarkeit von Steuern. / Die Steuerpolitik der Sozialdemokratie. / Die Grundlagen der Steuerpolitik der kommunistischen Parteien.
24 Seiten. Preis 30 Pfg.

Zu beziehen durch

Carl Hoym Nachf. Louis Cahnbley, Hamburg 11

PELZWAREN auf Teilzahlung

Pelzwarenfabrik Kalls

Tille-Wardenberg-Str. 11
am Bahnhof Tiergarten

Pfandscheine, Brillanten
Gold, Silber (Bruch)
Platin, Zahngebisse

Zahn 10-150 Mark

Prismen-Feldstecher

Ankauf zum Auslandskurs

Eingewechselt von ausl. Gold- u. Silbermünzen

Kurt Kehlert, Berlin

Lothringer Str. 34

Damen sparen Geld!

besonderer Hugen-Saison

Kostüme auf reinsteid-
nem Futter 250, 350, 550

Seidenplüsch 1150, 1450

Tuch 690, 850, 375

Wollplüsch 950, 1150

Wollstrickjacken 550, 175

M. Woszytz, Landsbergerstr. 59, 1. Stock

1. Trappe Berlin C.

Wochenends und Sonntags geschlossen

Möbel

kaufen Sie nirgends so

billig und gut

wie bei

Neugebauer

Charlottenburg, Wilmersdorfer

Str. 125 I, E. Schillerstr. Kein Laden

Kropf

behandelt erfolgreich ohne Operation

Schmerzen und ohne Berufshörung.

Bei Misserfolg Geld zurück. Geld

anfall und Müdigkeit

C. Weiser, Brunnenstr. 191, Nähe

Reifenhaier Weg. Euredit. 10-12 u. 4-6, Sonn. 10-12.



Taunussteinstraße 5
Nollendorf-Platz 7
Schöneberg, Hauptstraße 9
Rosenthaler Straße 16-17
Kottbuser Straße 1
Badstraße 42-43
Gr. Frankfurter Straße 110



Sprechmaschinen
Elektromophon
Schallplatten



Damenmäntel

Kostüme / Kleider / Röcke

EMC O, Messerschmidt & Co

Etagengeschäft

Wallstraße 1 (Eing. Spittelmarkt)

enorm billig